

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 8 vom 22. Februar 1985

19. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

§ 218:
Zehn Jahre
BVG-Urteil
gegen
Fristen-
lösung
Seite 7

Neue
Medien:
Die
technischen
Systeme
Seite 9

Paraguay:
KZ-Arzt
Mengele
und das
Paradies der
Altnazis
Seite 10

Wichtige Verlags- mitteilung

Der „Rote Morgen“ ändert sich ...

... ab der nächsten Woche — aber natürlich nur rein äußerlich. Vom Format her wird er etwas kleiner, dafür steigt die Seitenzahl von 12 auf 14.

Wirtschaftliche Überlegungen haben Redaktion und Verlag zu dieser Änderung veranlaßt. Aufgrund der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen dem Verkaufserlös durch den schon lange stabilen Preis von 1, — DM und den ständig steigenden Produktionskosten (von der Redaktion über Druck bis hin zum Vertrieb) steigen wir nun auf eine andere Druckmöglichkeit um, deren Preisvorteile das ständige Defizit „erträglicher“ machen und die den Verkaufspreis des „Roten Morgen“ auf absehbare Zeit sichern kann, d. h. eine Preissteigerung auf 1,50 DM oder gar auf 2, — DM unnötig machen.

Das Format des „Roten Morgen“, in Zukunft in Höhe und Breite um einige Zentimeter geschrumpft, behält aber weiterhin „Zeitungskarakter“, der Platzverlust wird durch die Erhöhung der Seitenzahl mehr als ausgeglichen. Für den Leser, den Kunden also kein Verlust — viele Vorteile aber für den Verlag und die Partei. Viel Arbeit indes für Redaktion, Layout und Druck, die sich aber gemeinsam bemühen werden, die Umstellung reibungslos und schnell zu bewältigen. Sollten trotzdem zunächst einige Probleme auftreten, bitten wir im Voraus um Verständnis. Wir werden uns jedenfalls bemühen, den RM auch im neuen Format in gewohnter Qualität und wie immer termingerecht fertigzustellen.

Verlag Roter Morgen
Redaktion Roter Morgen

Wichtige Verlags- mitteilung

Metallindustrie:

Stoppt Flexibilisierung!

38,5-Stunden-Woche für alle!

Die Auseinandersetzung in der Metallindustrie um die Umsetzung des Tarifvertrages über die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden befindet sich in der großen Zahl der Betriebe jetzt in der entscheidenden Phase.

In vielen Betrieben steuert die Frage auf eine Entscheidung durch die Einigungsstellen zu. Die wenigen vorliegenden Erfahrungen lassen befürchten, daß die Einigungsstellen über-



Protestaktion der BMW-Belegschaft gegen kalte Aussperrung

Zwar sehen die uns bekannten bereits abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen überwiegend die 38,5-Stunden-Woche für alle Beschäftigten vor. Doch für besonderen Optimismus gibt es vorerhand keine Berechtigung. Abgesehen davon, daß ein vollständiger Überblick fehlt, muß davon ausgegangen werden, daß es zu schnellen Betriebsvereinbarungen gerade dort gekommen ist, wo die Kapitalisten nicht oder nur mäßig daran interessiert waren, die im Leber-Kompromiß angelegten

Flexibilisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Gerade in den letzten Tagen sind in wichtigen Betrieben wie Daimler oder BMW Betriebsvereinbarungen abgeschlossen worden, in denen die Kapitalisten ihre Bestrebungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit in erheblichem Umfang durchsetzen konnten. In einer Reihe von Betrieben wollen die Unternehmensleitungen wie bei Blohm & Voss in Hamburg offensichtlich die Wiedereinführung der Samstagsarbeit durchsetzen.

wiegend den Flexibilisierungswünschen der Unternehmer entgegenkommen werden.

In dieser Situation kommt es darauf an, daß die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche nicht einfach dem Verhandlungsgeschick der Betriebsräte und schon gar nicht den Einigungsstellen überantwortet wird, sondern daß durch entschiedene Kampfaktionen der Belegschaften die Flexibilisierung abgewehrt und die 35-Stunden-Woche für alle durchgesetzt wird. (Ausführliche Berichte Seite 4)

Geißlers Gesetzentwurf mobilisiert FDP

Erziehungsgeld — Lambsdorff an der Spitze der Gegner

Der Gesetzentwurf, den Heiner Geißler am Dienstag letzter Woche veröffentlichte, hat erneut zu größeren Auseinandersetzungen in der Koalition, diesmal mit der FDP vor allem, geführt. 600 DM Erziehungsgeld im Monat, ein Jahr Elternurlaub plus Arbeitsplatzgarantie sind die Kernpunkte dieses Entwurfs. Serienweise protestierten FDP-Vertreter dagegen, am deutlichsten — Graf Lambsdorff.

Aus welchen Gründen Geißler (der Mann, der nie im Bilde ist und immer aus dem Rahmen fällt) auch immer diesen Entwurf vorgelegt haben mag, (und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es seine Absicht war, die „Mutterrolle“ der Frau neu zu untermauern), er stößt auf Ablehnung.

600 Mark — dies ist in der Tat eine Summe, die weder ausreichend ist, um wirklich Elternurlaub (ohne daß es 99,9 Prozent Frauen sind) auszulösen, noch existenzsichernd ist. Für beides ist es viel zu wenig. Die Verwirklichung würde bedeuten, daß nach wie vor kräftige finanzielle Verluste einhergehen mit der Beibehaltung wirtschaftlicher Abhängigkeit der Frauen.

Elternurlaub plus Arbeitsplatzgarantie — da könnte man, bei Verwirklichung, sogar von einem kleinen positiven Schritt sprechen. Und wohl genau deswegen gibt es hiergegen auch den wesentlichsten Widerstand. Die ach so armen Kapitalisten haben im Flick-Grafen einmal mehr ihr lautestes Sprachrohr gefunden. Die könnten ja gar keine Frauen zwischen 18 und

45 Jahren einstellen, klagt er für sie, immer der Ärger mit Ausfallskräften.

Das Dilemma der Konservativen zeigt sich hier deutlich: Sie möchten gerne die Familie als Keimzelle ihres Staates festigen, aber stoßen stets sofort darauf, daß echte Maßnahmen dazu auch Geld kosten. Eben auch Geld der Kapitalisten, nicht nur der Lohnsteuerzahler. Und da hört sich eben alles auf. Was sie auf keinen Fall möchten, sind Schritte zur Emanzipation der Frau. Und Einkommensverluste für ihre spezielle Klientel — etwa in der Form von Einkommensgrenzen, da toben CDU und FDP gemeinsam.

Weg mit dem § 218!

Demonstration am
23. 2. 85 in Köln
Beginn: 11.00 Uhr,
Ebertplatz

Abschlußkund-
gebung: ca.
14.30 Uhr,
Roncalliplatz

Über 30000 in Schwandorf

Massenprotest gegen die WAA

Über 30000 Menschen demonstrierten bei der bislang größten Anti-AKW-Demonstration in Bayern. Sie waren in Schwandorf zusammengekommen um gegen die Entscheidung zu demonstrieren, eine atomare Wiederaufbereitungsanlage im nahegelegenen Wackersdorf zu bauen.

Weit mehr Demonstranten als erwartet kamen am Samstag in klirrender Kälte nach Schwandorf. Und es war beileibe nicht nur die „Bewegung“! Der hohe Anteil der Bevölkerung, der von unübersehbaren Folgen beim Bau der WAA betroffen wäre, zeigte sich auch in den vielen konservativen und kirchlichen Protestparolen während der Kundgebung. Den meisten Beifall — vor allem von den Einheimischen — bekam der Schwandorfer Landrat Schuierer, der den WAA-Bau eine „unsinnige, unmoralische und unverantwortliche Entscheidung“ nannte. Er griff vor allem „Strauß, Tandler, Stoiber und ihre CSU-Gefolgsleute“ an, „die unbescholtene Bürger als Saboteure und Volksverhetzer bezeich-

nen“. Schuierer sagte, wie Vertreter der niedersächsischen Anti-WAA-Initiativen, die gekommen waren, daß eine Wiederaufbereitungsanlage, unabhängig vom Standort aus Sorge um die Lebensgrundlagen auch künftiger Generationen abgelehnt werden müsse.

Der Zukunftsforscher Robert Jungk wies in seiner Rede auf konkrete Gefahren hin, die mit dem Bau der WAA entstehen würden: „Wird Wackersdorf tatsächlich gebaut und in Betrieb gesetzt, dann wagt die Bundesrepublik den Schritt vom sogenannten atomaren Schwellenstaat zum Atomwaffenstaat. Jetzt ist offen, ob eine eigene deutsche Atombombe in Planung geht und vorbereitet wird“, erklärte Jungk.



Die Demonstration in Schwandorf

Drei „Solidarnosc“-Führer verhaftet Streikaufruf in Polen Protest gegen Preiserhöhungen

Mit Verhaftungen und hohen Strafandrohungen haben die polnischen Behörden auf den Aufruf der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc“ reagiert, der am 28. Februar zu einer 15minütigen allgemeinen Arbeitsniederlegung auffordert. Anlaß des Aufrufs sind die von der Regierung angekündigten Preiserhöhungen von rund 12 Prozent für Grundnahrungsmittel.

Am vergangenen Mittwoch hatte Polizei ein Treffen von acht Solidarnosc-Führern in einer Privatwohnung in Gdansk beendet und sieben verhaftet. Gegen drei Verhaftete, Adam Michnik, Bogdan Lis und Wladyslaw Frasyniuk wurde Anklage erhoben, weil sie „demonstrativ“ die Gesetze mißachteten und sich verbissen bemühen würden, die Stabilisierung des gesellschaftlichen Lebens in Polen zu stören. Sie sitzen in Untersuchungshaft. Die vier anderen Festgenommenen sind wieder auf freiem Fuß, der achte Teilnehmer der Versammlung, Lech Walesa, war nicht festgenommen worden. Anklage wurde aber gegen alle erhoben. Hintergrund dieser Maß-

nahme ist der Aufruf zu einem 15minütigen Generalstreik am 28. Februar gegen die geplanten Preiserhöhungen. Lech Walesa wurde am Samstag zur Staatsanwaltschaft bestellt und gewarnt, an dem Aufruf festzuhalten. Trotzdem wird weiter zu der Protestaktion aufgerufen. Im Aufruf von „Solidarnosc“, der auch weitgehend Schutz für die katholische Kirche verlangt, heißt es zum Streik: „Nur eine ständige gesellschaftliche Opposition und nur organisierter Widerstand können die Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung bremsen und die der Gesellschaft aufgebürdete Last — Folge einer unwirksamen Wirtschaftspolitik — erleichtern.“

Zur Auflösung des KBW

Auf einer letzten Mitgliederversammlung mit knapp 80 Teilnehmern hat sich der KBW aufgelöst. Joscha Schmierer, ehemaliger KBW-Sekretär, nannte die Auflösung „undramatisch“ — zu Recht. Tatsächlich existierte der KBW als politische Organisation praktisch schon seit einigen Jahren nicht mehr.

Der bürgerlichen Presse war die KBW-Auflösung dennoch Aufmerksamkeit wert. Aus durchsichtigem Grund: läßt sich der unheimlich schwache Abgang des KBW doch in mancherlei Hinsicht antikomunistisch ausschlagen.

Da ist natürlich die Geschichte mit den KBW-Millionen. Unseren Eindruck wollen wir nicht verschweigen: es scheint sich um eine ziemliche Sauerei zu handeln. Ansonsten wollen wir uns diese Geschichte schenken. Wir können den Dreck nicht wegräumen und dadurch, daß wir ihn auch noch



Das ehemalige KBW-Haus in Westberlin — eines von vielen umrühren, wird nichts besser.

Vor allem aber gab die KBW-Auflösung der bürgerlichen Presse ausgiebig Gelegen-

heit, sich in heiter gestimmten Betrachtungen über das Scheitern der „K-Gruppen“, also der revolutionären, kommunistischen Organisationen zu ergötzen. Und Schmierer, der es offensichtlich genoß, noch einmal als Interview-Partner begehrt zu sein, tat sein Möglichstes, um den Niedergang des KBW damit zu erklären, daß der KBW eben auf die Theorie der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats gegründet gewesen sei, sich aber herausgestellt habe: „Die Arbeiterklasse ist nicht das revolutionäre Subjekt“. (J. Schmierer in der „taz“ vom 16.2.)

Die meisten der ehemaligen Anhänger und Mitglieder des KBW, von denen ein großer Teil sich ansonsten an J. Schmierer nur noch im Zorn erinnert, dürften in dieser Auffassung mit Schmierer übereinstimmen: proletarische Revolution und Arbeiterbewegung sind für sie gestorben, insofern sie heute noch politisch aktiv sind, machen sie überwiegend bei den Grünen und in der alternativen Bewegung mit.

Der KBW ist aus dem SDS bzw. der APO hervorgegangen. Das erklärt zunächst einmal noch gar nichts. Auch wenn unsere Partei von Mitgliedern der alten, revisionistisch entarteten KPD gegründet wurde, wird man doch feststellen müssen, daß der Großteil ihrer Mitglieder sich Anfang der 70er Jahre aus der APO rekrutierte.

Die KBW-Gründung aber vollzog sich nicht wirklich im Bruch mit der Studentenbewegung. Die im KBW-Programm festgelegte Strategie, derzufolge der Kampf für den Sozialismus im wesentlichen als Kampf für demokratische Übergangsforderungen geführt werden sollte, war darauf berechnet, die Bewegung der fortschrittlichen Intelligenz zu führen. Dabei schien der KBW zunächst sehr erfolgreich zu sein. Nicht nur im Hinblick auf seine für westdeutsche Verhältnisse große zeitweilige Mitglieder- und Mobilisierungsstärke, sondern auch im Hinblick auf die Rolle des KBW beispielsweise in der Bewegung gegen den § 218.

Als aber die durch die APO radikalisierten Teile der Intelligenz, die zunächst gehofft hatten, ein schneller revolutionärer Aufschwung der Arbeiterbewegung würde ihren revolutionären Bestrebungen zum Sieg verhelfen, Mitte der 70er Jahre begannen, enttäuscht ihren „Abschied vom Proletariat“ einzuleiten, um sich über die grün-alternative Bewegung politisch Geltung zu verschaffen, geriet der KBW voll in den Strudel dieses Parteibildungsprozesses in den Mittelschichten. Insofern hat Schmierer objektiv nicht unrecht, wenn er den KBW rückblickend als eine Organisation im Vorfeld der grünen Parteibildung beschreibt. Nur ist das, mit Verlaub gesagt, keine Entschuldigung für Renegatentum.

Wenn das nun endlich beendet wurde, jahrelange Siechtum des KBW uns etwas lehren kann, dann vor allem dies: der Aufbau der Kommunistischen Partei kann nur bei bedingungsloser Konzentration auf die Arbeiterbewegung gelingen. Wohlfeile Ratschläge für ein scheinbar leichteres und schnelleres Vorwärtkommen — etwa Mischungen bei den Grünen und Alternativen — gibt es stets in Hülle und Fülle. Wer sie befolgt, wird da enden, wo der KBW jetzt gelandet ist.

Eine dpa-Bilanz Rekord auf Umwegen

Nichts Besonderes sah die Bundesregierung in einer Bilanz, die die dpa für die Rüstungsindustrie nach der Wende gezogen hatte. Vor allem langjährige Abkommen seien die Ursache für einen massiven Anstieg der Rüstungsexporte. Die Zahlen sagen anderes.

1983 gab es dpa zufolge genehmigte Rüstungsexporte in der Höhe von 8,61 Milliarden DM. Und dies war mehr als die Summe der Jahre zwischen 1975 und 1980, die auf 8,1 Milliarden DM angeschwollen war — das war bereits eine deutliche Steigerung gegenüber früher gewesen.

Wie fraglich solche Statistiken sind, ergibt sich aus verschiedenen Tatsachen. Wäh-

stützen, werden überhaupt nicht als bundesdeutsche Rüstungsexporte deklariert.

Das betrifft unter anderem Raketen wie „Milan“ oder „Hot“ oder den „Alpha-Jet“. Bereits vor über fünf Jahren hatte eine diesbezügliche Studie ermittelt, daß über 50 Prozent der westdeutschen Rüstungsexporte über die „EG-Connection“ oder über „freundschaft-



lich verbundene“ Partner (wie etwa die Militärregimes einst in Argentinien oder heute in Chile) laufen. Die Lieferungen gehen laut dpa heute zu über 2/3 in Staaten, die nicht Mitglied der NATO sind — und hierher kommen wohl auch die wesentlichsten Beiträge zu den hohen Steigerungsraten. Bereits unter Kanzler

Schmidt waren entsprechende Einschränkungen teilweise beseitigt worden, unter Kohl wurden sie vollends beiseite gewischt.

Auf diesem Weg sollen wohl auch die Saudis den so begehrten Leo bekommen. Ein Werk zu seinem Bau wird beim „NATO-Freund“ Türkei gebaut. Und die Türkei hat Verträge über Rüstungskoooperation mit Saudi-Arabien. Zur selben Zeit vereinbart, da auch der Bau dieses Panzerwerkes beschlossen wurde.

Ein weiterer Punkt, der in dieser jüngsten Auseinandersetzung ganz beiseite gelassen wurde, ist etwa die Lieferung von Zivilflugzeugen an die marokkanische Armee, die diese zum Kampf gegen die FPOLISARIO umbauen läßt.

Ganz zu schweigen von der intensivierte Zusammenarbeit mit Staaten wie Südafrika in der Frage der Atombombe, worüber der ANC seit langen Jahren nie widerlegte Dokumentationen vorgelegt hat.

Die von der dpa veröffentlichte und von der Bundesregierung faktisch dementierte Bilanz erfaßt so nur einen Teil der wirklichen Tätigkeit bundesdeutscher Rüstungskonzerne. Deren „Konkurrenzfähigkeit“ durch die Fusion von MBB und Krauss-Maffei, von der Bundes- wie Landesregierung massiv unterstützt, weiter steigen wird.

„Sie“, die Sandinisten, „exportieren Drogen, um unsere Jugend zu vergiften. Beste Verbindungen haben sie zu den Terroristen im Iran, Libyen, den Roten Brigaden und der PLO“. Originalzitat aus einer Rede Ronald Reagans, Mitte Februar '85. Die Frage drängt sich auf:

Flippt Ronald Reagan aus?

Leider muß man die Frage verneinen, denn die neuesten wutschnaubenden Ausfälle des amerikanischen Präsidenten sind Kalkül — Teil einer Kampagne, mit der er sich die notwendigen Stimmen im Kongreß der USA besorgen will, um den unerklärten Krieg gegen Nicaragua verstärkt weiterführen zu können. Am 31. März nämlich soll der US-Senat darüber entscheiden, ob die USA weitere 14 Millionen Dollar für die antisandinistischen konterrevolutionären Banden ausgeben. Um diese Abstimmung für die Contra-Hilfe zu gewinnen, hat jetzt eine Hetzkampagne ungeheuren Ausmaßes in den Vereinigten Staaten begonnen.

Hatte der Kongreß noch 1981 die Mittel für die Unterstützung von gerade 500 Mann der alten Nationalgarde Somozas zugestanden, die der CIA ausbilden und unterstützen sollte, so ist bei Reagan jetzt von 15 000 „Freiheitskämpfern“ die Rede, die auf Amerika (er meint die USA, RM) warten. Im Originalton hört sich das so an:

„Und jetzt bitten uns die freien Völker von El Salvador, Honduras und — ja — auch Nicaraguas um unsere Hilfe. Mehr als 15 000 Freiheitskämpfer wollen nichts als Menschenrechte und Demokratie in Nicaragua und Beendigung der Subversion in El Salvador. Sie kämpfen für ein Ende der Tyrannei und ihres letztendlichen Resultats, der Grausamkeit. Sie sind unsere Brüder. Wie können wir sie übergehen? Wie können wir ihnen Hilfe und Unterstützung verweigern, wenn wir wissen, daß ihr Kampf letzten Endes auch unser Kampf ist? Wir müssen uns bewußt sein, daß wir die Sandinisten jetzt stoppen müssen oder sie werden, wie sie es geschworen haben, mit ihrem Versuch fortfahren, den Kommunismus nach El Salvador, Costa Rica, Honduras und anderswohin ausbreiten. Die Sandinisten sind eine marxistisch-leninistische Clique, die die Herzen der freilebenden Menschen in ihrem Land gebrochen haben und eine brutale Diktatur errichteten.“ Soweit Ronald Reagan zu Nicaragua. Dieser Haßtirade folgt dann der „Hilferuf an Amerika“: Es sei amerikanische Tradition, so Reagan, „Freiheitskämpfern auf der ganzen Welt zu helfen, die Ketten der Unterdrückung zu zerbrechen“. Darum müssen, so der Präsident, die 14 Millionen Dollar bewilligt werden.

Auf einer Pressekonferenz nach dieser Rede meinte Reagan kurz, es gäbe keine Pläne für eine militärische Intervention. Er sagte auch, daß ein Umsturz in Nicaragua nicht gedacht sei. Die Reporter lachten ihn aus.

Bleibt nur noch die Frage, wann die Bundesregierung in diese Hetzkampagne gegen Nicaragua mit einsteigt, damit ihr die Beantwortung der unbequemen Frage nach Auszahlung der schon lange zugesagten Entwicklungshilfe für Nicaragua mit Reagans Argumenten leichter fällt ...

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Montania-Druck, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eintreffen.

OLG Düsseldorf

Endlich: Prozeß gegen Thälmann-Mörder

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat, aufgrund eines Klageerzwingungsverfahrens des Rechtsanwaltes Heinrich Hannover, beschlossen, daß das Krefelder Landgericht den Prozeß gegen den letzten Überlebenden des SS-Erschießungskommandos, den früheren Oberscharführer Wolfgang Otto, eröffnen muß.

Ein Klageerzwingungsverfahren war nötig geworden, weil sich über mehr als 20 Jahre hinweg sowohl die Kölner Staatsanwaltschaft als auch die Generalstaatsanwaltschaft und zuletzt das Krefelder Landgericht geweigert hatten, Otto den Prozeß zu machen.

In der Nacht zum 18. August 1944 wurde Ernst Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands, im KZ Buchenwald von einem Kommando der SS mit Genickschuß ermordet. Dieser Tatbestand ist allseits unbestritten. Zeugenaussagen, daß Otto an dem Mord beteiligt war, liegen ebenfalls seit langem vor. Otto war bereits nach dem Krieg von einem US-Militärgericht zu 20 Jahren verurteilt worden wegen Beihilfe zum Mord an 15 Häftlingen aus Polen und Jugoslawien, aber bereits nach 5 Jahren „wegen guter Führung“ wieder freigelassen worden.

Das Landgericht Krefeld hatte 1984 der skandalösen Behandlung dieses Mords die Krone aufgesetzt, indem es behauptet hatte, 40 Jahre danach sei Ottos Beteiligung wahrscheinlich nicht mehr zu beweisen. Ganz nach dem Motto, man lasse genug Zeit verstreichen und sage dann, es sei zu spät.

Auch der Tod des Hauptbelastungszeugen, des ehemaligen KZ-Häftlings Marion Zgoda, sei kein wesentliches Hindernis für einen Prozeß meinte nun das Düsseldorfer OLG: Seine Aussagen lägen ja ausführlich vor, die Vernehmungspersonen könnten ihrerseits vernommen werden.

Ob es wirklich zu einem Prozeß kommt, ist fraglich: Seit langem wird darüber spekuliert, daß Otto in diesem Falle bis an sein Lebensende verhandlungsunfähig geschrieben werden könnte.

Wie ein solcher Prozeß verlaufen würde, ist ebenfalls fraglich: Die abscheulichen Szenen des Majdanek-Prozesses, als die üble Taktik der Verteidiger der Nazi-Verbrecher geduldet wurde, die Zeugen zu beleidigen, sind noch gut in Erinnerung der demokratischen Öffentlichkeit.

Trotzdem bleibt die Tatsache, daß der Prozeß gemacht werden soll, ein Erfolg einer langjährigen Auseinanderset-

zung, in der sich die Justizorgane stets auf den Standpunkt gestellt hatten, daß der Mord an einem großen Führer der Arbeiterschaft und der KPD wohl kein wirkliches Verbrechen gewesen sei. Der Protest gegen diese Haltung war im In- und Ausland stets groß gewesen, hatte zu vielen Debatten über den Charakter der bundesdeutschen Klassenjustiz geführt. Daß der Thälmann-Mörder 22 Jahre lang geschützt wurde und andererseits die Freisler-Witwe eine Sonderrente wegen dessen möglicher (wer will es bestreiten) BRD-Karriere erhielt, das sagt in der Tat nahezu alles über diese Justiz.

Landtagswahlen in Westberlin und im Saarland

Keine Stimme für CDU und FDP!

Am 10. März finden die Wahlen zum saarländischen Landtag und zum Westberliner Senat statt. Bei beiden Wahlen steht weder die KPD noch ein revolutionäres oder klassenkämpferisches Bündnis zur Wahl.

So unterschiedlich auch die Gesamtlage an der Saar und in Westberlin ist, die politische Zusammensetzung der jeweiligen Regierung ist identisch: Die Wendekoalition aus CDU und FDP.

Hier wie dort fand der Aufschwung nur für die Profite des Kapitals statt, das Berliner Ansiedlungsprogramm hat trotz großen Traras eine eindeutig negative Bilanz erbracht, was die Arbeitsplätze betrifft.

Das Saarland, als Kohle- und Stahlrevier besonders kriegsbeschädigt, erlebt dabei ohne dies allerdings für seine Wahl zu praktizieren. Apel, einer der profiliertesten Rechten in der SPD, jongliert eher mit den Möglichkeiten als Juniorpartner in eine große Koalition zu gehen.

Wie auch immer die Wahlen verlaufen werden: In Ermangelung der grundsätzlichen Alternative einer revolutionären Kandidatur müssen die Kommunisten im Verlauf der Auseinandersetzungen des Wahlkampfes die Empfehlung vertreten, den Parteien der Wende keine Stimme zu geben.

Die Auseinandersetzung spitzt sich darauf zu, den Kurs von CDU und FDP nicht durch Stimmengewinne noch zu stärken. Daß dabei die Kommunisten auch ihre Alternative einer sozialistischen Gesellschaft vertreten werden, ist wohl selbstverständlich.

CDU-Wahlprogramm für NRW

Die „Perlen“ blieben im Hintergrund

Das kürzlich von der CDU veröffentlichte Wahlprogramm für die Landtagswahl in NRW am 12. Mai befaßt sich wie das aller Parteien vorrangig mit dem Problem der Arbeitslosigkeit. Neben den typischen CDU-Forderungen sind auch einige Neuigkeiten in das Programm aufgenommen worden — die in der vorherigen Debatte recht breit ausgewählte „Perlen“-Theorie blieb im Hintergrund.

„Perlen“ — das war Bernhard Worms Erfindung für eine Reihe von sogenannten Freizonen, in denen gesetzliche und auch tarifvertragliche Regelungen außer Kraft gesetzt werden sollten. Kurz gefaßt handelt es sich darum, in NRW (einen ähnlichen Vorschlag hatte die CDU schon einmal für das Saarland aufgebracht) eigene Billiglohnzonen zu schaffen, um so Abwanderungen zu verhindern.

Wie schon an der Saar, so bleibt diese Forderung auch an Rhein und Ruhr im Hintergrund, wird nicht im Wahlprogramm vertreten — offensichtlich als Ergebnis wahltaktischer Überlegungen.

Denn die „Perlen“-Theorie offenbart vielleicht zu deutlich das Wesen der gesamten CDU-Politik, die von der Grundfeststellung ausgeht, die Arbeitslosigkeit ließe sich reduzieren, wenn die Arbeitskräfte insgesamt (durch Lohn, Lohnnebenkosten, einschränkende Vorschriften zur Sicherheit usw. „übersteuert“) für die Unternehmer wieder billiger würden, den letzteren größere Profite winkten.

Aber auch das, was noch übrig blieb im Wahlprogramm, macht diese Grundhaltung deutlich.

Vor allem an drei Punkten läßt sich dies im Wahlprogramm zeigen. So werden unter Schlagworten wie mehr Arbeitsplätze, Innovationsschub und raschere Anwendung von Forschungser-

gebnissen eine Reihe von Forderungen erhoben, die sich sehr weit an die beispielsweise in Bayern oder Baden-Württemberg betriebene oder beabsichtigte Politik annähern.

Unter dem Motto der Arbeitsplätze werden flexible Arbeitszeiten, mehr elektronische Heimarbeit, befristete Arbeitsverträge und der Abbau beschäftigungshemmender Vorschriften (ein Übergriff auf Bundesgesetze) gefordert. Daß dieser Katalog den verschiedenen Stellungnahmen des BDI aus den letzten Jahren wie ein Ei dem anderen gleicht, vermag wenig zu überraschen.

Die Neuheiten der NRW-CDU liegen vor allem in dem geforderten Innovationsschub, der nicht nur über massive Steuererleichterungen für Unternehmer gefördert werden soll, sondern zusätzlich auch noch direkt über die Bereitstellung von Risikokapital aus Landesmitteln — die Gründung einer Landesstrukturbank nach dem Muster der Überlegungen Lothar Späths wird propagiert.

Schließlich sollen mehr industriearbeitsorientierte Forschungsergebnisse vor allem dadurch erreicht werden, daß verschiedene Konzerne das Recht erhalten sollen, an den Hochschulen eigene „Stiftungslehrstühle“ zu gründen.

Das Motto lautet also, wenn nur alles nach dem Willen des Kapitals geschieht, dann wird es schon gut werden, wird auch für

andere genügend abfallen. Natürlich wird dies nicht so verkauft. Es wird, wie immer, viel vom „Mittelstand“ geredet (wenn auch weniger als sonst). Und es wird ganz massiv an die „individuelle Freiheit“ appelliert, an Eigenverantwortung und Selbstgestaltung wie die Schlagworte hierfür lauten. Dabei werden eine Reihe schlechter

Erfahrungen der Menschen mit bürokratischen Apparaten aufgegriffen: „Wir wollen die Schule vor Ort, die schnell erreichbar ist“ und auf dieser Grundlage die Forderungen erhoben, die Freiheit nur für die Reichen ermöglichen.

Die mit diesem Programm verbundenen Kritiken an der SPD-Landesregierung von Jo-

hannes Rau haben meist die Stoßrichtung, daß Raus Politik verhindere, daß der bundesweite Aufschwung auch für NRW zur Geltung komme. Raus verschiedene Maßnahmen werden als zu wenig weitgehend dargestellt. So wird beispielsweise der SPD-Politik (faktisch landauf, landab) Technologieparks zu gründen, eben die Schaffung der genannten Landesstrukturbank entgegengesetzt.

Eine allzu scharfe Abgrenzung ist dies nicht, wird doch von CDU-Seite auch auf die

Möglichkeit einer großen Koalition spekuliert. Durch die Politik Raus in den letzten fünf Jahren erscheint diese Möglichkeit, entgegen den SPD-Beteuerungen, NRW solle ein „Bollwerk gegen die Wende“ sein, nicht als so unwahrscheinlich. Vom gegenwärtigen Stand der Prognosen ausgehend, erscheint nach der Wahl eine Reihe von Varianten als möglich.

Verbunden werden diese Form der Wirtschaftspolitik und die sie verdeckenden Parolen mit massiven Ausfällen vor allem gegen die Grünen. Das wiederum ist begleitet von einer starken Ausrichtung auf „wertkonservative Wähler“, denen sich die CDU, nicht nur in Fragen der Umwelt (für eine „marktwirtschaftliche Umweltpolitik“ gab es einen eigenen Arbeitskongress in Dortmund), sondern auch der Familie und der „Antistaatlichkeit“ anbietet.

Daß das Perlenspiel aber trotzdem weiter betrieben wird, zeigte eine Diskussionsveranstaltung der CDU-Wirtschaftsvereinigung im Januar in Düsseldorf, wo Vertreter des Kieler Instituts für Wirtschaft sich dafür stark machten — aber fürs erste auf eine geschlossene Front stießen. Nicht nur die Gewerkschaftsvertreter, auch Regierung von NRW und Unternehmer wandten sich dagegen. Freilich: Aus Wettbewerbsgründen für die anderen. Der Duisburger Hafen und das Braunkohlerevier bei Köln bleiben erstmal, was sie sind.



Wirtschaftsförderung à la Stoltenberg

Geisterstadt „Bayer-Town“?

Rechnungshof enthüllt Praktiken der Kieler Landesregierung

In den Zeitungsarchiven sind sie noch nachzulesen, die großen Sprüche, die heute keiner mehr getan haben will: Um Industrieansiedlung in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Brunsbüttel. Zwischen 1 und 1,8 Milliarden Mark sind aus der Staatskasse für die Ansiedlung vor allem von Chemiebetrieben geflossen. Wie anderswo auch: Heute sind diese Betriebe teilweise schon wieder geschlossen...

Der Landesrechnungshof hat die Kosten für Bund und Land nachgerechnet, die mit dem, 1972 von Stoltenberg angelegten Programm, auftraten. Je nach Berechnungsart waren es eben diese 1 bis 1,8 Mrd. DM. Angesiedelt wurde dadurch vor allem Chemie: Bayer, Scheldechemie und AMH sowie Kali-Chemie — das waren zusammen 2000 Arbeitsplätze, rein rechnerisch jeder zu einer halben Million.

Bereits vor drei Jahren schloß die Kalichemie ihr Werk wieder, da waren schon fast 10 Prozent der neuen Arbeitsplätze wieder weg. Akut steht auch eine Schließung der Schelde-Chemie ins Haus — Ciba Geigy, neben Bayer 50%-Eigner, will das Werk aufgeben, womit bereits die Hälfte aller neuen Arbeitsplätze wieder weg wären. Schließungsgerüchte gibt es auch um die AMH (Veba-Tochterfirma) mit 500 Arbeitsplätzen.

Die Milliarden, die da flossen, gingen in die verschiedensten Bereiche, die Konzerne bekamen das Bett gemacht. Ob es sich um Verkehrserschließung durch neue Brücken und Straßen handelte (einst war auch ein neuer Flugplatz — Kaltenkirchen — im Gespräch und die Autobahn nach Hamburg) oder um die Bereitstellung von Grundstücken. Diese wurden zu einer Zeit (1970 an Bayer) zu 4,50 DM je Quadratmeter verkauft, als der öffentliche Preis dafür bereits bei 12,50 DM lag. Zudem wurde auch noch Land verkauft, das staatlicherseits nur gepachtet war, das riesige Millionenbeträge als Folgekosten auflaufen ließ — zahl-

bar aus der Staatskasse.

Daß ausgerechnet Brunsbüttel nun in Schleswig-Holstein die am schnellsten wachsende Arbeitslosenquote hat, führte zu einer erneuten Verstärkung öffentlicher Kritik, die von der SPD-Opposition im Landtag aufgenommen wurde und den Landesrechnungshof zu der neuen Studie zwang, in der die Politik der Landesregierung rundherum verurteilt wird, so daß das Landeswirtschaftsministerium zu einer öffentlichen Rechtfertigung Anlaß sah.

Und mehr als ein Rechtfertigungsversuch ist die Stellungnahme von Wirtschaftsminister Westphal (CDU) auch nicht anzusetzen. Billiger sei „ein solches Maß an zusätzlicher Beschäftigung in der Region nicht zu haben gewesen“, ist seine erste Behauptung. Wobei er tunlichst vergißt zu beachten, daß dieses Maß zusehends kleiner wird, vielleicht am Ende gar bei 0% liegen könnte — was nicht unwahrscheinlich ist. Ganz zu schweigen davon, daß er etwa Forderungen, die in der Kritik auch auftauchten, nämlich nach Maßnahmen gegen diesen offensichtlichen Subventionsbetrug ganz verschwiegen.

Die Forderung der SPD (die diese in ihrem Bereich ja nun auch keinesfalls verwirklicht) solche Subventionen nur gegen garantierte Arbeitsplätze zu vergeben, nannte Westphal schlichtweg illusorisch. Denn einmal seien solche Vorleistungen wie Straßenbau normal und Voraussetzung im „Industrieansiedlungsgeschäft“, und zum zweiten könne man keine Bedingungen stellen, das sei einfach

an der Realität vorbei. Wobei Westphal ungewollt etwas von der Realität dieses kapitalistischen Systems preisgibt, wenn er rundheraus feststellt, die Konzerne machen sowieso, was sie wollen.

Man habe eben „Lehrgeld bezahlen“ müssen, das war der einzige anscheinend selbstkritisch gedachte Satz Westphals auf fast 100 Seiten. Der Rechnungshof stellte fest, das Land sei „gemolken worden wie eine Kuh“. Von den großen Plänen, die ein Stoltenberg einst lauthals verkündete, ist nichts geblieben, außer riesigen Geldmengen, die sich Bayer und Co unter den Nagel gerissen haben. Brunsbüttel wird „Bayer-Town“ — diese Lösung aus Zeiten des Goldrausches vergaß offen-

sichtlich, daß die Goldgräber wieder abziehen, wenn die Adern leer werden. Und dann wurde aus einem blühenden Städtchen schon öfter eine Geisterstadt.

Die Arbeitslosenquote in Brunsbüttel jedenfalls lag letztes Jahr mit 12,3 Prozent um 1,6 Prozent über dem Landesdurchschnitt von Schleswig-Holstein. Statt der „geplanten“ mehr als 20000 Einwohner (einst sollten 13000 Arbeitsplätze geschaffen werden) sind es nach wie vor nur 13000. Neue Dörfer wurden gebaut, Flächen zubetoniert. Für nichts und wieder nichts? Nein. Für den Profit von Bayer. Und Herr Stoltenberg jedenfalls ist seinen Bayer-Freunden nicht verloren gegangen.

Schwarz-Schilling Ganz schön abkassiert

Die Firma Sonnenschein, deren Gesellschafter (und früherer Geschäftsführer) Bundespostminister Schwarz-Schilling ist, ist in der Tat ein erstaunliches Unternehmen. Wenige dieser Größenordnung haben auch nur annähernd solche Summen aus Bonner Kassen eingestrichen.

Wegen der rücksichtslosen Bleiversuchung der Umwelt ins Gerede gekommen und nun auch schon durchsucht, macht die Firma Schlagzeilen. Und da sich aus diesem Anlaß verschiedene Leute näher mit den Geschäften des Postministers befassen, tritt auch noch dieser andere Aspekt, die „Kohlen aus Bonn“ immer mehr ans Tageslicht.

Daß „Sonnenschein“ vom Forschungsministerium runde 2 Millionen DM abkassiert hatte, war bereits vorletzte Woche bekannt geworden — aber nach und nach summiert sich mehr. 466000 DM gab der Innenminister (zur Investitionsförderung von Absaug-Anlagen — Herr Schwarz-Schilling säubert seine Giftküche auf Staatskosten). 920000 DM kamen aus dem

Wirtschaftsministerium (für die Entwicklung wartungsfreier Batterien und von elektronischen Überwachungsanlagen) als — ausgesprochen günstiges — Darlehen. Gar nur bedingt rückzahlbar sind weitere 937000 DM (für die Entwicklung eines „batteriebetriebenen Systems zur Stromversorgung“).

Das sind zusammen über 2,3 Millionen DM, überschlagen rund 1,7 Millionen, die da zusätzlich in die Kassen fließen, zusammen also etwa 3,7 Millionen DM, die die recht kleine Firma da eben mal erhielt. Die Verbindungen des Herrn Geschäftsführers Schwarz-Schilling nach Bonn (gerüchtweise kennt er die betreffenden Minister) haben dabei keine Rolle gespielt. Wurde offiziell betont.

Wer mag daran zweifeln?

Freispruch

Klaus Steilmann wurde also freigesprochen. Das Bochumer Gericht sah es als erwiesen an, daß der Wattenscheider Textilkönig der 80er Jahre in gutem Glauben gehandelt habe, daß das CDU-nahe Seminar, dem er viel Geld zukommen ließ, einen Vertrauensvorschuß von ihm gehabt habe.

Das Bild des Menschen Steilmann, das da gezeichnet wird, paßt wenig zur Realität. Ein Mann, der sich mit aller kapitalistischer Rücksichtslosigkeit ein Textilimperium aufbaut, kann in Steuerdingen nicht so unwissend sein. Ein Mann, der bei einer Betriebsübernahme so brutal und schamlos vorgeht wie Steilmann beispielsweise im Fall Nona in Dortmund, verteilt keine Vertrauensvorschuße. Ein Mann, der lange Jahre CDU-Mitglied (und, versteht sich, in deren Wirtschaftsrat) war, kennt auch die Muster der Finanzierung der bürgerlichen Parteien. Zwei Dinge sind es, die vor allem zu diesem erstaunlichen Freispruch geführt haben. Zum einen ist Steilmann für Bochum wichtig und der Prozeß war ja nun da. Zum anderen ist damit die Kampagne von Unternehmerseite bestätigt und verwirklicht worden, die besagt, wenn das Finanzamt als Mitwisser von Steuerbetrug aufgetreten sei, könnten auch die anderen Betrüger nicht bestraft werden — eine ausgesprochen verdrehte Logik zwar, aber durchaus im Klasseninteresse.

Wenn dieser Bochumer Spruch — die Staatsanwaltschaft hatte eine Strafe von einer halben Million DM gefordert — Schule macht, dann ist die ganze Affäre Parteienkauf im wesentlichen rasch zu beenden. Die Ruhmesblätter bundesdeutscher Justiz, von denen es 1985 schon einige gab, wären dann um eines erweitert. Wobei von freier Rechtsprechung nicht einmal ein Schimmer bleibt, wenn man sich daran erinnert, daß diese Umorientierung der Justiz sowohl von Bonn aus als auch durch den Bundesfinanzhof eingeleitet worden war.

Was noch deutlicher macht: Von einer heuchlerischen Selbstreinigungskampagne aus Bonn, wie sie mancher als Kritik von konkreten Forderungen darstellte, kann auch nicht entfernt die Rede sein. Wie zu erwarten war, wenn nichts geschieht, was politischen Druck macht: dann geschieht nichts. Und gleicher als andere wurde Herr Steilmann auch behandelt: Seine Belegschaft hatte frei bekommen und durfte im Gerichtssaal jubeln und ihm in Siegerpose die Hand schütteln für seinen Freispruch. Es war ja auch ein Grund zu feiern — Sektkorken knallten noch im Saal.

Bisherige Tendenzen bei der Umsetzung des Metalltarifvertrages

Einen Überblick über den bisherigen Stand bei der Umsetzung des Metalltarifvertrages zu bekommen, ist ein nicht ganz einfaches Unterfangen, denn es ist in vielen Betrieben von beiden

Nichtsdestotrotz ein Überblick, wie er sich Anfang Februar darstellt. Es sind nach Angaben des IGM-Vorstandes inzwischen knapp 100 Betriebsvereinbarungen abgeschlossen worden. Davon ist in der überwiegenden Zahl — über 80 — die 38,5-Stunden-Woche für alle vereinbart worden.

Für den Bereich der Bezirksleitung Stuttgart der IGM sind es 40 Betriebe, in denen für rund 105 000 Beschäftigte Vereinbarungen abgeschlossen sind. Davon werden 97 000, also rund 92 Prozent, 38,5 Stunden ab 1.4.85 arbeiten, 4000 37 Stunden und 4000 40 Stunden, jeweils gerundete Zahlen.

Festzuhalten ist allerdings, daß gerade in den Großbetrieben bzw. den Betrieben der Verbandsführer der Unternehmer entweder schon Flexibilisierung vereinbart wurde bzw. gerade dort die Auseinandersetzungen am schärfsten darum laufen.

Neben Blohm und Voss (siehe Bericht im RM Nr.) ist dazu auch Mannesmann-Demag zu rechnen.

Hier wurde durch die tarifliche Einigungsstelle im Gegensatz zu Stihl (siehe den in den wichtigsten Teilen dokumentierten Beschluß auf dieser Seite) eine noch weitergehende Flexibilisierung gegen die Stimmen des Gewerkschaftsvertreters beschlossen.

Am 12.2. wurde der Fall der Demag Kunststofftechnik vor dieser tariflichen bayerischen Schlichtungsstelle verhandelt. Von den 625 Beschäftigten im

Seiten — also sowohl den Unternehmern wie vielen Betriebsratsführern — nur schwer möglich, die vollständigen Texte der Vereinbarungen zu erhalten.



Die 40-Stunden-Woche für alle zu Grabe tragen

Werk Schwaig bei Nürnberg werden ab dem 1.4.85 230 (37 Prozent) 37 Stunden arbeiten, 224 (36 Prozent) 40 Stunden und 171 (27 Prozent) 38,5 Stunden in der Woche. Diese Betriebsvereinbarung kann frühestens zum 31.12.86 gekündigt werden.

Es überrascht sicher nicht, daß das Unternehmerlager diesen Spruch freudestrahlend begrüßte und als Modell für die gesamte Metallverarbeitung anpries.

Eine weitere wichtige Tendenz scheint zu sein, daß selbst dort, wo es gelang die 38,5-Stunden-Woche für alle durchzusetzen (z.B. Iveco Magirus) den Unternehmern im Gegenzug zugesagt wurde, bei Auftragschwankungen die Arbeitszeit serslautern die Freischichtenregelung à la VW oder Daimler favorisiert.

Bei Ford wurde durch Einigungsstellenanspruch die tägliche pro Woche für alle zu erhöhen

Verkürzung um 18 Minuten festgelegt.

Ein weiterer Angriffspunkt ist die Frage „Lohnausfallprinzip oder nicht“. So gibt es Entwürfe von Vereinbarungen, wo die Beschäftigten nur für die Tage, die sie voll gearbeitet haben, eine Zeitgutschrift von 0,3 Stunden pro Tag erhalten, auch wenn grundsätzlich z.B. freitags 1,5 Stunden kürzer gearbeitet wird. Damit versuchen die Unternehmer, die Arbeitszeitverkürzung bei Krankheit, Urlaub, Feiertagen u.ä. aufzuheben.

Eine wichtige und sicherlich als schlecht zu beurteilende Entwicklung gibt es bei der Festlegung der Gruppen, die über oder unter 38,5 Stunden arbeiten, wenn es flexible Regelungen gibt.

Grundsätzlich werden diejenigen für weniger als 38,5 Stunden vorgesehen, die ohnehin schon die niedrigsten Löhne haben, wodurch sich die Löhne nach dem Abbau des Lohnausgleichs also noch weiter auseinanderentwickeln werden.

Dies birgt die Gefahr in sich, daß bei zukünftigen Arbeitszeitverkürzungen gerade diese Kolleginnen und Kollegen weniger stark zum Kampf bereit sind, müssen sie doch befürchten, daß es sie eventuell wieder treffen wird, wenn erneut flexibel abgeschlossen würde.

Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche bei Daimler

Ohne Einschaltung der Einigungsstelle ist für eine ganze Reihe von Daimler-Werken eine flexible Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche vereinbart worden.

Das Ausmaß der Flexibilisierung ist allerdings im Vergleich zum Spruch der tariflichen Einigungsstelle (siehe Artikel anderer Stelle) viel geringer. Nach vorliegenden Informationen wird z.B. für das Mannheimer Werk von Daimler bei 14 000 Beschäftigten von je 6,2 Prozent ausgegangen, die 37 Stunden bzw. 40 Stunden arbeiten. Die anderen werden 38,5 Stunden arbeiten.

In den Produktionsbereichen erfolgt die Umsetzung der wöchentlichen Verkürzung über Freischichtenregelungen — ähnlich wie im VW-Haustarifvertrag. Für Gleitzeitbereiche erfolgt der Ausgleich im Rahmen des Gleitzeitsystems. Mit diesen Abschlüssen hat sich die Position, wie sie noch im Januar von einer Vertrauensleutenvollversammlung in Sindelfingen gefordert worden war, nicht durchgesetzt.

Auf der Vertrauensleutenvollversammlung war die IGM-

Fraktion im Betriebsrat, die die große Mehrheit darstellt, aufgefordert worden, keine Vereinbarung abzuschließen, die unterschiedliche Arbeitszeiten für einzelne Gruppen von Beschäftigten vorsieht. Als erstes Kampfmittel war dazu angegeben worden, bei Weigerung von Daimler ab sofort jegliche Mehrarbeit und Sonderschichten durch den Betriebsrat abzulehnen.

Anzumerken bleibt zweierlei. Zum einen ist festzustellen, daß bei Daimler in den für die Produktion wichtigen Bereichen die Betriebsnutzungszeit und damit die Kapazität erhalten bleibt. Zum anderen wurde bei Daimler, ähnlich wie bei Stihl im Einigungsstellenanspruch, die längere Arbeitszeit — und damit mehr Geld — für Führungskräfte und Meister vereinbart. Offensichtlich soll denen, die für die möglichst effektive Organisation der Mehrwertproduktion zuständig sind, eine besondere Prämie geboten werden. Das von Unternehmenseite vorgebrachte Argument, für diesen Personenkreis gäbe es keine Kräfte auf dem Arbeitsmarkt, ist ja wohl lächerlich.

Der Spruch der Einigungsstelle für Stihl

§ 2 Wöchentliche Arbeitszeit

2.1 Die wöchentliche Arbeitszeit ohne Pausen im Betrieb beträgt ab 1.4.1985 im Durchschnitt aller Vollzeitbeschäftigten 38,5 Stunden.

2.2 Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von Vorgesetzten (derzeit 237), der Referenten (derzeit 11) und der Gruppenmeister (derzeit 98) beträgt 40 Stunden pro Woche.

2.3 Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von Facharbeitern (derzeit 308) und Spezialisten (derzeit 70 — vergl. Anlage) beträgt bis zum 31.12.1985 40 Stunden pro Woche. Sie wird dann auf das Maß nach Ziff. 2.4 reduziert.

2.4 Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der weiteren vollzeitbeschäftigten Mitarbeiter (derzeit 1927) ist gleichermaßen so lang, wie sie sich ergibt, damit unter Berücksichtigung der Ziff. 2.2 und 2.3 38,5 Stunden wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt erreicht werden.

2.5 Neueinstellungen erfolgen jeweils zu den Bedingungen und Voraussetzungen der Ziffern 2.2 bis 2.4. Weitergehende Abweichungen bedürfen der Zustimmung des Betriebsrats.

§ Verteilung der Arbeitszeit

Die zeitliche Lage und Verteilung der individuell festgelegten wöchentlichen Arbeitszeit gemäß § 2 dieser Betriebsvereinbarung wird wie folgt geregelt:

3.1 Für Mitarbeiter mit fester Arbeitszeit

Die bisherige tägliche Arbeitszeit wird unverändert beibehalten. Als Ausgleich für die Differenz zwischen der dementsprechend tatsächlich geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit und der individuellen regelmäßigen Arbeitszeit gemäß § 2 wird zu Beginn eines jeden Jahres gemeinsam mit dem Betriebsrat ein Plan erstellt, der die Zahl und die Lage der als Ausgleich zu gewährenden Freischichten enthält.

3.2 Für Mitarbeiter mit gleitender Arbeitszeit

Für Mitarbeiter mit gleitender Arbeitszeit gilt die Gleitzeitregelung. Die tägliche Soll-Arbeitszeit beträgt 1/5 der individuellen wöchentlichen Arbeitszeit.

§ 4 Mitteilung an den Betriebsrat

Der Arbeitgeber teilt dem Betriebsrat spätestens am 20. eines jeden Monats die Zahl der im Vormonat Beschäftigten Vollzeitarbeitnehmer, aufgeschlüsselt nach der für sie jeweils geltenden individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit sowie den sich hieraus ergebenden Durchschnitt der Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten im Betrieb mit (§ 7.1.6 MTV).

§ Mehrarbeit

Zum Ausgleich vorübergehender Mehrbelastung aus Gründen der Arbeitszeitverkürzung wird der Betriebsrat Anträge auf Mehrarbeit wohlwollend behandeln. Mehrarbeitsregelungen dürfen Neueinstellungen nicht behindern.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Betriebsvereinbarung tritt ab 1.4.1985 in Kraft und kann mit einer Frist von 3 Monaten erstmals zum 30.9.1986 gekündigt werden. Sie wirkt auch während der Nachwirkung des MTV für Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie in Nordwürttemberg/Nordbaden in der Fassung vom 28.6.1984 nach.

Liebe Leserinnen und Leser des „Roten Morgen“!

Da, wie geschildert, ein umfassender Überblick über die bisher abgeschlossenen Vereinbarungen zur Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche nur sehr schwer zu erhalten ist, bitten wir euch dringend um folgendes: Betriebsvereinbarungen bzw. Entwürfe, die ihr aus eurem Betrieb oder von euch bekannten Kolleginnen und Kollegen habt, zu kopieren und uns zuzusenden. Auch wenn es vor Ort Übersichten der Verwaltungsstellen oder Bezirke über diese Abschlüsse gibt, bitte sofort zusenden.

Zentrale BuG-Abteilung

Klartext — Betriebszeitung der KPD für Olympia Roffhausen

Die Flexibilisierung muß vom Tisch!

Nachdem schon die Schwerbehinderten ihren Unmut über die Vorstellungen der Geschäftsleitung zur Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche kund getan und Herrn Meyerhoff zur Rede gestellt haben, ist dieser Unmut noch größer geworden:

- die Betriebshandwerker und Kollegen aus der Papiertträgermontage sind zum Verhandlungsort und danach zum Betriebsrat marschiert,
- über diese Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche wird in der Belegschaft heftig diskutiert.

Die Geschäftsleitung verfolgt einen Einstieg in die Flexibilisierung, d.h. Deine Arbeitszeit, Kollege, soll Produktionspitzen und betrieblicher Notwendigkeit angepaßt werden.

Die Geschäftsleitung stellt sich ein Rotationsprinzip vor: Einige Kollegen sollen von Montag bis Donnerstag viermal 9,5 Stunden arbeiten, andere von Dienstag bis Freitag, wieder andere von Mittwoch bis Samstag. Insgesamt sollen 38,5 Stunden pro Woche gearbeitet werden.

Ein weiteres in der Diskussion befindliches Modell sieht eine Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit von 37—40 Std. entsprechend den Produktionsanforderungen vor. Im Zweimonatsdurchschnitt sollen dann wieder 38,5 Stunden herauskommen.

Sollten diese Vorstellungen Wirklichkeit werden, wären die Folgen für die Olympianer schlimm: Die Belegschaft wäre gespalten, die Tarifautonomie der Gewerkschaft unterhöhlt, Durchsetzung weiterer Arbeitszeitverkürzung (z.B. 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich) fast unmöglich.

Flexi geht aber auch alltäglich zu Lasten des Familienlebens der Kollegen:

- durch regelmäßige Samstagsarbeit als normaler Werktag ohne Überstundenvergütung wäre der Erholungswert des Wochenendes weg,
 - Fahrgemeinschaften würden auseinandergerissen. (...)
- Weg mit der Flexibilisierung! Voller Personalausgleich für die Arbeitszeitverkürzung!**

Flexibilisierung bei BMW

Bei BMW in München wurde eine Betriebsvereinbarung zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung abgeschlossen, die eine Flexibilisierung der Arbeitszeit vorsieht.

Überhaupt ausgeschlossen von der Arbeitszeitverkürzung sind alle außertariflichen Angestellten. Bereits dies ist eine Aufgabe der Position der IG Metall, nach deren Auffassung nur die leitenden Angestellten und nicht alle außertariflichen von der Arbeitszeitverkürzung ausgenommen werden können. Die BMW-Vereinbarung sieht im einzelnen vor:

1. Für rund 90 Prozent der tariflichen Belegschaft gelten die 38,5 Stunden als individuelle wöchentliche Arbeitszeit.

2. Für rund 10 Prozent gelten individuelle wöchentliche Arbeitszeiten von mehr oder weniger als 38,5 Stunden. Rund 1100 Angestellte, vor allem in der Entwicklung, sollen weiterhin 40 Stunden arbeiten. Rund 1350 Kolleginnen und Kollegen über 55 Jahre sollen lediglich 38 Wochenstunden arbeiten und 650 Beschäftigte über 58 Jahre nur 37 Wochenstunden.

3. Die betriebliche Produktionszeit soll mit 40 Wochen-

stunden grundsätzlich unverändert bleiben. Die Arbeitszeitverkürzung soll also über Freischichten realisiert werden.

BMW-Vorstandschef Eberhard von Kuenheim hob hervor, daß die vereinbarte Flexibilisierung für „künftige Gestaltungsmöglichkeiten offen“ sei. Insbesondere sprach er von der Möglichkeit einer sechstägigen Betriebszeit, also von der Einführung der Samstagsarbeit. Sie soll nach dem Willen des BMW-Vorstandes im neuen Werk in Regensburg verwirklicht werden.

Der BMW-Vorstand hatte derartige Vorstellungen schon vor und während des Streiks für die 35-Stunden-Woche in die Diskussion gebracht. Gerade weil BMW zu den Konzernen gehört, die besonders entschlossen auf die Wiedereinführung der Samstagsarbeit und die Ausdehnung der Schichtarbeit hinarbeiten, muß die jetzt abgeschlossene Betriebsvereinbarung nicht nur wegen ihrer unmittelbaren Resultate, die bereits eine Aufspaltung der Belegschaft bedeuten, sehr negativ beurteilt werden, sondern vor allem wegen ihrer „künftigen Gestaltungsmöglichkeit“.

Tarifrunde Chemie Probleme mit dem Vorruhestand?

Am 28. Februar und 1. März werden in der Chemieindustrie die Verhandlungen über die neuen Tarife für die rund 660 000 Beschäftigten fortgesetzt.

In einem Kommuniqué heißt es dazu von den beiden Verhandlungsparteien:

„Die Chemie-Tarifvertragsparteien knüpfen bei ihren Überlegungen an die 1983 vereinbarten Altersfreizeiten an und prüfen, ob und in welcher Weise die damals getroffene Regelung in Richtung auf einen gleitenden Übergang in den Vorruhestand oder in Richtung auf

den Vorruhestand ausgebaut werden soll.“

Hintergrund ist, die Chemieunternehmer nicht so ohne weiteres zum Abschluß eines Vorruhestandsvertrages zu überreden waren, sondern stattdessen vorschlugen, die Arbeitszeit für jeweils 5 Prozent der Beschäftigten über 58 auf 20 Stunden in der Woche, ab 1987 die 36-Stunden-Woche.

Rappes Vorstellungen scheinen also nicht so leicht aufzugehen — entgegen seinen Ankündigungen auf dem Chemiekongress im Herbst letzten Jahres.

„Der Berg kreite und gebar eine Maus“

Zu den Klausurtagungen des IGM-Vorstandes

In zwei Klausurtagungen beschäftigte sich der IGM-Vorstand mit den Ergebnissen der Tarifrunde 1984 und den zukftigen Aufgaben der IGM. Was dabei herausgekommen ist, teilte der Vorstand in der Februar-Ausgabe der Funktionrszeitschrift der IGM „Gewerkschafter“ den Vertrauensleuten mit.

Für die 84er Tarifrunde wird festgehalten, daß „die Mobilisierung der Mitgliedschaft in den Betrieben (...) durch nichts zu ersetzen ist“, betont wird das trotz aller Einflußnahme von Unternehmern, Regierung sowie der unterschiedlichen Arbeitszeitforderungen innerhalb des DGB erreichte hohe Maß an Einsatzbereitschaft bei den Metallern.

Die Streiktaktik „hat sich bewährt und als erfolgreich erwiesen (...) ausdrücklich hat der Vorstand unterstrichen, daß es richtig war, mit dem Einlassen auf die Schlichtung den Versuch zu unternehmen, diese Tarifaussensatzung zu beenden“. Dies ist offensichtlich gegen entsprechende Kritik der Basis ausdrücklich so formuliert worden.

Für die weitere Arbeit werden 5 Eckpunkte benannt:

1. In den Betrieben geht es jetzt um die Umsetzung der neuen tariflichen Arbeitszeitbestimmungen. Dabei bleibt die 38,5-Stunden-Woche für jeden Arbeitnehmer unser Ziel.

2. In der Organisationspolitik geht es darum, die Vertrauensleutearbeit, die Darstellung der IG Metall in den Betrieben auszubauen und zu verbessern.

3. In der tarifpolitischen Arbeit geht es darum, jetzt die Arbeitszeitverkürzung im Handwerk durchzusetzen und die Diskussion um weitere Arbeitszeitverkürzung fortzuführen.

4. Die wichtigste Aufgabe für die IG Metall auf politischem Gebiet ist die Verstärkung bzw. die Sicherung der gewerkschaftlichen Kampf- und Handlungsmöglichkeiten.

5. Das gewerkschaftliche Engagement gegen Sozialabbau und für Vollbeschäftigung darf nicht schwächer werden.

Zu Punkt 3 ist allerdings verschiedenes anzumerken. Einmal findet sich im Text folgende Bemerkung:

„Arbeitszeitverkürzung muß angesichts geringer gewordener Wachstumsraten und stndigen Produktivitätsfortschritts eine stndige Aufgabe gewerkschaftlicher Tarifpolitik sein. Gleichzeitig bedarf es angesichts der tarifpolitischen Zielsetzung der IG Metall und der Forderungsmglichkeiten in den nächsten anderthalb Jahren — Urlaubsverlngerungen, Lohn- und Gehaltserhöhungen, Verbesserung der Arbeits- und Leistungsbedingungen — einer Diskussion um die tarifpolitischen Prioritäten mit dem Ziel eines geschlossenen Forderungskonzepts für die Jahre 1986/87.“

Dies widerspricht — gelinde gesagt — der klaren Aufgabenstellung durch die letzten Gewerkschaftskongresse, die eindeutig die 35-Stunden-Woche in den Mittelpunkt stellten.

Wenn jetzt diese Formulierung gewählt worden ist, wenn es zu keiner klaren Aussage bezüglich der Fortsetzung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche gekommen ist, sondern stattdessen praktisch alternativ andere Forderungen genannt werden, so ist dies zum einen die Widerspiegelung von Widersprüchen innerhalb des Vorstandes der IGM.

Schaut man sich die Einschätzungen und Analysen an, wie sie von verschiedenen Vorstandsmitgliedern gegeben werden — Beispiele: Mayr in den

mern des RM näher darauf eingehen — ist es offenbar einem Teil des IGM-Vorstandes um Mayr, Hammacher und Steinkühler zu heiß, zu gefährlich, im Vorfeld der im März 87 stattfindenden Bundestagswahl die IGM erneut in einen Streik zu führen. Denn anders dürfte realistisch betrachtet eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit wohl kaum gegen die Unterneh-

mer durchzusetzen sein.

Angesichts dieser Ergebnisse der zwei Klausurtagungen des IGM-Vorstandes dürfte klar sein, daß es noch vieler Anstrengungen der klassenkmpferischen Gewerkschafter in der IGM bedarf, um 1986 tatsächlich erneut den Kampf für die 35-Stunden-Woche in der Metallverarbeitung auf die Tagesordnung zu setzen.

Köln

ÖTV-Proteste gegen die Zustände in Kliniken

Kolleginnen und Kollegen der ÖTV in Köln, Krankenschwestern und -pflger, besuchten am 17. Januar die Sitzung des Gesundheitsausschusses im Kölner Rathaus, um gegen Arbeitsplatzabbau und Arbeitsüberlastung in den Kölner Kliniken zu demonstrieren. In Köln wurden seit 1975 bereits sieben Krankenhäuser geschlossen und über 1000 Betten abgebaut.

Beschlossen wurde diese Aktion im Kölner Rathaus auf einer Protestversammlung gegen das verabschiedete Krankenhausfinanzierungsgesetz. Diese Protestversammlung ging auf die Initiative der Vertrauensleute-

folgt zusammengefaßt:

- „Der Bund zieht sich, wie schon unter der SPD/FDP-Koalition begonnen, aus der Krankenhausfinanzierung zurück.“
- Die Krankenhäuser sollen noch mehr als bisher nach



vollversammlung des Bereichs Gesundheitswesen zurück.

In einer Korrespondenz an den Roten Morgen werden die Auswirkungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes wie

marktwirtschaftlichen Prinzipien (Gewinn und Verlust) arbeiten. Motto: wer besser rationalisiert, wer mit weniger Personal arbeitet, kann mehr investieren. Wer nicht mitkommt,

Franke-Erlaß demnächst Gesetz?

Als neuen Angriff der Reaktion auf die Gewerkschaften muß man einen derzeit in Bonn in den Plenargngen umhergereichten Gesetzentwurf beurteilen, den immerhin schon 150 Abgeordnete von CDU/CSU unterzeichnet haben.

Initiatoren dieses Gesetzentwurfs sind die Mittelständler, denen zwar weniger der Streik im letzten Jahr in die Knochen gefahren ist, denen aber offensichtlich die Vorreiterrolle in diesem Fall zukommt.

Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld für vom Arbeitskampf indirekt Betroffene der gleichen Branche soll es zukftig nicht mehr geben.

Deshalb haben die 150 Abgeordneten einen Entwurf zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes in dem nicht nur der berüchtigte Franke-Erlaß für zukftige Flle auf legale Grundlage gestellt wird, sondern die Gewährung von Arbeitsamt-Geldern generell weiter eingeschränkt wird. Die betreffende Formulierung lautet:

„Ist die Arbeitslosigkeit (Kurzarbeit) durch einen inländischen Streik oder eine inländische Aussperrung verursacht, so

ruht der Anspruch auf Leistung nicht nur im regionalen Bereich des umkämpften Tarifvertrages, sondern darüber hinaus innerhalb des gesamten fachlichen Geltungsbereichs während der Dauer des Streiks oder der Aussperrung.“

In der Begründung heißt es u. a. daß „die für tatsächlich Arbeitslose bereitgehaltenen Mittel der Bundesanstalt für Arbeit nicht für Arbeitskämpfe zweckentfremdet werden dürfen“.

Damit wären die Möglichkeiten der Unternehmer weiter vergrößert, zu versuchen, bei einem Streik das Mittel des „Aushungerns“ einzusetzen.

Schon nach der bisherigen Rechtsprechung haben sie allein darüber zu entscheiden, ob sie Kurzarbeit oder Entlassungen wegen eines Streiks und seiner Folgen durchführen oder nicht.

Offensichtlich reicht der Reaktion die Absicht Frankes nicht, der ja plant, einen neuen „Neutralittslerla“ zu verabschieden.

Deutlich wird damit auch, daß Kamingsgesprche beim Kanzler wohl kaum der richtige Weg sind, die Pläne der Reaktion zur Schwächung der Gewerkschaften zu stoppen.

macht Pleite. Die Folgen werden sein: Rationalisierung und Stellenabbau, weiterer Bettenabbau und Krankenhausschlieungen.

• Die Krankenhauskosten werden auf dem Rücken von Personal und Patienten gesenkt. Die Gewinne von Pharma- und Geräteindustrie werden natürlich nicht angetastet.“

Auf der Protestversammlung am 13. 12. berichteten viele Kolleginnen und Kollegen, wie haarsträubend die Zustände in Kölner Krankenhäusern schon jetzt sind: unerträgliche Arbeitsbedingungen durch Personalmangel, keine geregelte Freizeit für die Beschäftigten, erldigt werden kann nur das Allernötigste, Patienten (auch frisch operierte) liegen auf den Fluren.

Schon auf dieser Protestversammlung trat der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses der Stadt Köln, Jürgen Noppel (SPD), mit kaum zu überbietender Arroganz und unglaublichem Zynismus gegenüber den von den Kolleginnen und Kollegen vorgebrachten Problemen auf. Originalton Noppel: „Das stimmt alles nicht, davon habe ich nichts gehört“ usw.

So wollten die Kolleginnen und Kollegen sich aber nicht abspesen lassen. Sie beschlossen auf dieser Veranstaltung u. a. folgende Forderungen:

- Erhalt aller Krankenhäuser,
- keine Streichung von Betten und Stellen,
- Rücknahme der Privatisierung im Reinigungsbereich der städtischen Krankenanstalten.

Für diese Forderungen demonstrieren sie denn auch auf der Gesundheitsausschussitzung vom 17. Januar. Ein Spruchband mit folgender Aufschrift wurde entrollt: „Sollen sie sparen bei Bossen und Banken, nicht bei Arbeitern, Kindern, Alten und Kranken.“

Die Ausschudiskussion über den Stellenplan der Krankenanstalten wurde durch Zwischenrufe unterbrochen, die den Bürokraten offensichtlich drastisch die Realität in den Krankenhäusern näher bringen sollten: „Hoffentlich mt ihr nicht auch mal auf dem Flur liegen“.

Die Reaktion von Noppel beschrieb der „Kölner Stadtanzeiger“ so: „Vorsitzender Noppel schlug schließlich mit der Faust auf den Tisch: „Ich lehne es ab zu diskutieren, wenn die ÖTV ihre verlorene Personalratswahl mit derartigen Aktionen kompensieren will. Da werden Sie hier auf taube Ohren stoßen.“

Die Kölner ÖTV muß wohl über geeignete Mittel und Wege nachdenken, um dem Sozialdemokraten Noppel die große Klappe zu stopfen und seine tauben Ohren doch noch zu ffnen.

Es sprechen
Peter Heathfield
General Secretary
National Union
of Mineworkers
Ron Todd
General Secretary
Transport and
General Worker's Union
und Personalisten
Bundesdeutscher
Gewerkschaften

Bundesweite Kundgebung
Solidarität mit den britischen Bergarbeitern
Rhein-Ruhr-Halle
Duisburg
9. März 1985
Beginn: 14.00
Ende: 20.00
Veranstaltung
des Bundesverbandes
der Gewerkschaften
in der Bundesrepublik

Jetzt findet sie also doch statt: die bundesweite Solidarittsveranstaltung für die britischen Bergleute. Sie findet statt, aber — wie in dem obigen Brief von Joe Holmes schon angedeutet — ohne Unterstützung des DGB. Laut Agenturmeldungen soll ein „führender Funktionär“ des DGB sinngemäß erklärt haben: Das ist eine politisch-ideologische Auseinandersetzung. Was die NUM und Arthur Scargill tun, ist nicht, was wir wollen. Der DGB-Vorstand hat erklärt, daß auf der Duisburger Veranstaltung niemand für den DGB und seine 17 Einzelgewerkschaften eine Erklärung abgeben könne.

Außer den britischen Gewerkschaftern sind als Redner auf der Veranstaltung vorgesehen: Werner Pfennig, Landesbezirksvorsitzender der IG DruPa Baden-Württemberg; Karl Grüner, VK-Leitung Bosch/Reutlingen (IGM); Wolfgang Mller, 1. Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle Ludwigshafen; Hans Reppel, Betriebsrat (IGM) Opel/Bochum; Karl-Heinz Stommel, BR-Vorsitzender (IGM) Mannesmann; ein BR-Mitglied der Hoesch-Westfalenhtte; Frank Bsirske, Mitglied des ÖTV-

Hauptvorstandes; Jürgen Snksen, Seebetriebsrat und Konzernbetriebsratsvorsitzender der Hapag-Lloyd (ÖTV).

Schnelle und intensive Mobilisierung ist wichtig; denn die Duisburger Rhein-Ruhr-Halle fat immerhin 3500 Menschen. Flugblätter zur Werbung für diese bundesweite Solidarittsveranstaltung können bei folgender Adresse bestellt werden: Ingo Oeser, Kampstr. 25, 4000 Düsseldorf 13, Tel.: (0211) 765204.

Die Flugblätter kosten je 50 Stück 4,50 Mark plus 5 Mark für Porto und Verpackung. Außerdem gibt es ein Plakat im DIN-A1-Hochformat. Je 50 Plakate kosten 25 Mark plus 5 Mark für Porto und Verpackung. Die Organisatoren bitten um Bezahlung per Post- oder Eurocheck, die der Bestellung beigelegt sein sollten. Dafür, daß sie die Selbstkosten berechnen müssen, bitten sie um Verständnis: „Spendengelder für die Miners sollen ja nicht durch Organisationskosten aufgefressen werden.“

Solidarittsadressen und Geldspenden können auf der Veranstaltung direkt den NUM-Vertretern übergeben werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es war meine Absicht, am 12. Januar 1985 in Essen eine bundesweite Information und Koordinationskonferenz durchzuführen, zu der ich die Unterstützung der deutschen Gewerkschaften erwartete. Der DBG beschloß, diese Konferenz zu unterstützen, und am 14. 12. 84 schickte Hans-Jürgen Beck einen Brief an alle Gewerkschaftsvorstnde und die Presse, sowie an die sterreichischen Gewerkschaften. Diese Information wurde von deutschen Gewerkschaftern dem Generalsekretär der NUM, Peter Heathfield, übermittelt.

Von Herrn Peter Heathfield erhielt ich eine Antwort, die zu den vier Punkten in Becks Brief Stellung nimmt und die ich an Gewerkschafter und Untersttzungsgruppen weitergeleitet habe. Es ist verwunderlich, daß der DGB eine Konferenz nicht unterstützte, deren Ziel es war, Informationen weiterzugeben und den Versuch zu unternehmen, einen Ansatz der Koordination unserer vielen administrativen Probleme zu finden (so z. B. der vielen verschiedenen Bankkonten).

Die Probleme zwischen DGB und NUM konnten noch nicht gelöst werden, aber dennoch und auch im Hinblick auf die große Unterstützung und Solidarität deutscher Gewerkschafter und anderer habe ich im Namen der NUM eine Unterstützungs- und Solidarittskundgebung organisiert, die am 9. März 1985 von 14.00 bis 20.00 Uhr in der Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg stattfindet.

Diese Kundgebung richtet sich an alle, die den britischen Bergarbeitern und ihren Familien, denen noch große finanzielle Schwierigkeiten und Hrten bevorstehen, bisher geholfen haben und sie weiterhin unterstützen möchten.

Im Namen der NUM danke ich euch für die Hilfe, die ihr schon erbracht habt und die ihr sicherlich zur Unterstützung der Bergarbeiter und ihrer Familien fortsetzen werdet.

Ich freue mich, euch bei der Kundgebung begrüßen zu können. Mit brüderlichen Gren

Joe Holmes
Offizieller Beauftragter der N.U.M.
für die Bundesrepublik Deutschland

Unzumutbare Zustände im Sammellager Heilbronn

Asylanten setzen sich zur Wehr

Korrespondenz

Am Dienstag, dem 8. 2. 1985 haben 95 Prozent der im Sammellager Heilbronn lebenden ca. 180 Asylbewerber das Gemeinschaftssessen verweigert. Mit einer größeren Gruppe zogen sie mit Schildern durch die Innenstadt und haben dann zwei Tage und Nächte einen öffentlichen Hunger- und Durststreik in der Heilbronner Fußgängerzone durchgeführt. Ein Asylbewerber: „Wir waren bereit zu sterben, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt würden.“

Am Donnerstagabend konnten die Asylbewerber dazu gebracht werden, vorläufig ihren öffentlichen Protest abzubauen, nachdem sie gesehen hatten, daß sie eine gewisse Öffentlichkeit geschaffen hatten. (Es wurden Temperaturen von -5 Grad angekündigt, einer der Hungerstreikenden hatte schon eine Lungenentzündung bekommen, wollte aber trotzdem weitermachen, und alle anderen waren unzureichend gekleidet.) Jetzt, nach einer Woche, boykottieren immer noch 95 Prozent der Asylsuchenden das Gemeinschaftssessen.

Die wichtigste gemeinsame Forderung der Asylbewerber ist, daß sie die Möglichkeit erhalten, sich selbst zu versorgen. Bis jetzt werden die Asylbewerber im Rahmen des sogenannten Sachleistungsprinzips in Baden-Württemberg mit Essen (morgens, mittags, abends) aus einer Großküche versorgt. Da für viele Asylbewerber aus religiösen und kulturellen Gründen ein Großteil der angebotenen Menüs nicht zu genießen ist, sind Magenkrämpfe, Durchfall, Verdauungsschwierigkeiten an der Tagesordnung. Mit 70 Mark Taschengeld im Monat (davon gehen oft 50 Mark für Rechtsanwaltskosten drauf) sind sie auch nicht in der Lage, sich darüber hinaus selbst zu verpflegen. Das Kochen von Essen ist im Sammellager offiziell auch verboten.

Das Essen ist aber nur der Punkt, bei dem die angestaute Wut der Asylbewerber über die Zustände im Heilbronner Sammellager und ihre Lage als Asylbewerber zum Ausbruch kommt. Das Sammellager ist wie alle Lager in Baden-Württemberg zur Zeit überbelegt. In Zimmern von ca. 15 qm, die vorher von 2-3 Bewohnern belegt waren, sind jetzt 4 untergebracht. Einem deutschen Schäferhund stehen per Gesetz 8 qm in einem Zwinger zu — nicht ganz die Hälfte dieses Raumes genügt für Asylbewerber.



Angesiedelt zwischen Schrottplatz und Kohlehalden — das Sammellager Heilbronn

Das Lager liegt von Stacheldraht umzäunt und von Wärdern kontrolliert (Besucher müssen ihren Ausweis beim Pförtner abgeben), abseits der Stadt zwischen einem Schrottplatz und aufgetürmten Kohlehalden. Wegen der „schönen Aussicht“ sind viele Fenster mit Bildern aufgehängt. Eine zusätzliche hohe psychische Belastung entsteht auch durch die erzwungene Untätigkeit im Lager. Bei rund

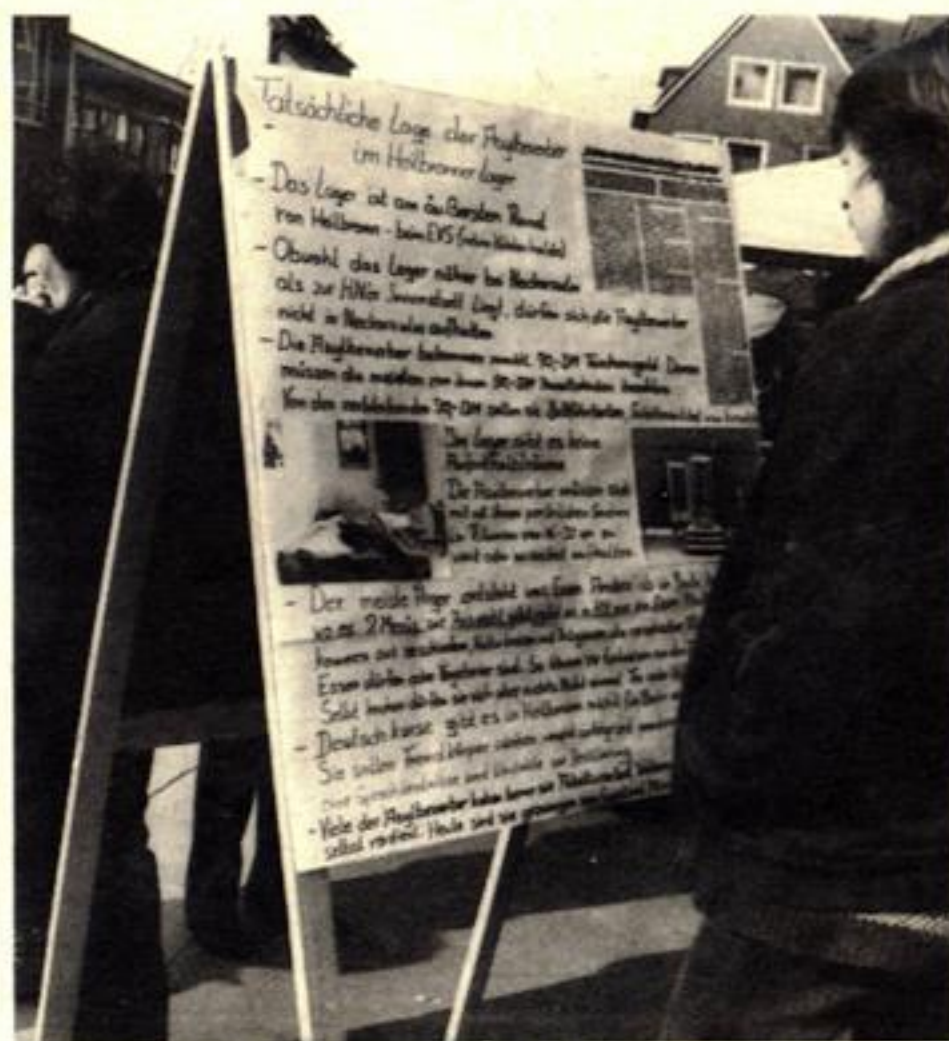
8 km Entfernung von der Stadtmitte, wegen schlechter Busverbindungen und mangels Geld sind die Asylbewerber in starkem Maße isoliert.

Gegen diese Zustände im Heilbronner Sammellager gab es schon einigen öffentlichen Protest, so daß sich das Innenministerium von Baden-Württemberg gezwungen sah, einige kosmetische Veränderungen am

Lager vorzunehmen (Aufenthaltsräume, Sozialbetreuer, Beschäftigungsmöglichkeiten). Aber alles nur im Rahmen des Erlasses des baden-württembergischen Innenministeriums, nach dem es der Zweck der Lager ist, in den Asylsuchenden den Wunsch hervorzurufen, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren und potentiellen Neuankömmlingen entgegenzuwirken.

In Heilbronn wird jetzt versucht, Solidarität mit dem Hungerstreik und dem Essensboykott zu organisieren. Eine Gemeinderätin der Grünen hat die Stadtverwaltung aufgefordert, dem Regierungspräsidium andere Wohnräume für die Asylbewerber anzubieten. Die SPD hat sich für eine menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber ausgesprochen. Die Reaktionen des Regierungspräsidiums auf den Hungerstreik und Essensboykott waren bis jetzt: Regierungsdirektor Walz (Flüchtlingsreferat): „Die Asylanten wollen bloß Geld, um es nach Hause zu schicken.“ Und der Referent für Asylfragen im Innenministerium Dr. Siecher: „Flexiblere Essensausgabe — mehr nicht.“

Wie wir gehört haben, regt sich in mehreren Sammellagern der Widerstand gegen die Asylpolitik Baden-Württembergs. Es wäre gut, wenn es gelänge, daraus einen einheitlichen Kampf gegen die Asylpolitik Baden-Württembergs (sie spielt eine besondere Vorreiterrolle) zu entwickeln.



Protestaktion in der Heilbronner Innenstadt im Februar '85



Das Gelände ist mit Maschendraht umzäunt — Besucher müssen ihren Ausweis beim Pförtner abgeben

Übrigens...

Der Gemeinderat von Tübingen hat sich Anfang Februar gegen die „Abschreckungspolitik der Landesregierung gegenüber Asylbewerbern“ ausgesprochen, die Schließung des Tübinger Sammellagers bis zum 31. 3. 86 gefordert und sich

generell gegen die Zwangseinweisung in Sammellager ausgesprochen.

Von den 5384 Asylbewerbern, die 1984 nach Baden-Württemberg kamen, waren 1379 Flüchtlinge aus Äthiopien. Sind nur in ihrer Heimat verhungern? Äthiopier für Lothar Späth gute Äthiopier?

Kein Angriffskrieg?

Der Artikel in der Zeitung „Der Schlesier“, der den siegreichen Eroberungsfeldzug deutscher Truppen gegen die Sowjetunion beschrieb, hat jetzt ein — trauriges — juristisches Nachspiel gehabt. Der Kreisverband Recklinghausen der DKP hatte nämlich gegen den Verfasser des Artikels Strafanzeige wegen „Aufstacheln zum Angriffskrieg“ (§ 80a StGB) gestellt. Die zuständige Staatsanwaltschaft Dortmund hat jetzt die Ermittlungen eingestellt. Oberstaatsanwalt Greiser gegenüber der Presse: „In dem Artikel ist keine strafbare Handlung erfüllt.“ Der Artikelverfasser habe lediglich über Modelle der Wiedervereinigung nachgedacht, die ohne einen dritten Weltkrieg möglich seien. „Ob diese Denkmodelle moralisch oder realistisch sind, unterlag nicht der Bewertung der Staatsanwaltschaft“. Unglaublich, aber wahr.

Da läßt der Verfasser des Artikels deutsche Truppen in die Sowjetunion einmarschieren. Und nur weil die sowjetischen Truppen in dieser Wiedervereinigungsvision des Verfassers keinen Widerstand leisten und es deshalb auch zu keinem Blutvergießen kommt, kann die Dortmunder Staatsanwaltschaft keinen Angriffskrieg seitens der Deutschen und infolgedessen auch kein „Aufstacheln zum Angriffskrieg“ mehr erkennen. Waren also die Blitzkriege Hitlers, bei denen es wenig Widerstand und organisierten Jubel für die Eroberer gab, gar keine Kriege? War also in Wirklichkeit gar nicht Hitler schuld am 2. Weltkrieg, sondern diejenigen, die sich wehrten?

Was wäre Freisler heute?

Was wäre Roland Freisler, Blutrichter an Hitlers Volksgerichtshof heute? — „Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes.“ Das ist ausdrücklich keine Behauptung des Roten Morgen, evtl. strafbar nach § 90a StGB (Verächtlichmachung der Bundesrepublik), sondern aktenkundige Meinung bayrischer Behörden aus dem Jahre 1974 und 1982. Gestützt auf diese Auffassung erhielt die Witwe Freislers neben ihrer normalen Grundrente und Witwenversorgung auch noch eine besondere Schadensausgleichsrente orientiert an dem, was der Blutrichter Freisler verdient hätte, wenn er als Rechtsanwalt oder in der freien Wirtschaft tätig gewesen wäre. Zuletzt 400 Mark im Monat.

Das sind die Meldungen, die auch denen, die sich über die sog. Entnazifizierung in diesem Land nicht die geringsten Illusionen machen, dann doch die Sprache verschlagen. Obwohl man doch weiß, daß die Bluturteile des Volksgerichtshofs bis vor kurzem Gültigkeit hatten; obwohl man doch weiß, daß 80 Prozent der Richter in den 50er Jahren auch schon unter Hitler (Un)recht gesprochen haben; obwohl man doch weiß, daß es ein KZ-Baumeister immerhin bis zum Bundespräsidenten gebracht hat. Und obwohl man natürlich auch weiß, daß die Angehörigen der Opfer Freislers selbstverständlich keinen Pfennig „Schadensausgleich“ erhalten haben. Warum also die besondere Betroffenheit gerade bei dieser Meldung? Vielleicht weil sie zeigt, wie blind die Mühlen der bundesdeutschen Bürokratie auch für den kleinsten Funken Demokratie sind.

„... muß das Handwerk gelegt werden“

Die Vereinbarung der Rechtspolitiker der Regierungskoalition in Sachen Demonstrationsstrafrecht, die entgegen dem Gesetzentwurf der Regierung vorsieht, die sog. Vermummung als Merkmal für „schweren Landfriedensbruch“ einzuführen und darüber hinaus als Ordnungswidrigkeit zu ahnden, ist auf Proteste bei den Scharfmachern der Nation gestoßen. Strauß, Tandler, Spranger, Waigel usw. wollen die sog. Vermummung in jedem Fall als Straftat verfolgt wissen. Strauß: „Den Sympathisanten der Gewalt und des Terrors muß das Handwerk gelegt werden.“

Die FDP dagegen beharrt auf dem kürzlich vereinbarten Koalitionskompromiß. Justizminister Engelhard dazu in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15. 2.: „Im Kompromiß von Berlin ist vorgesehen, daß die sogenannte Vermummung und Passivbewaffnung als Ordnungswidrigkeit belangt wird. Wenn es bei einer Demonstration gewalttätig zugeht, soll dies auch strafverschärfend wirken. Alles andere würde Probleme aufwerfen, die die Polizei nicht lösen kann. Denn — anders als bei einer bloßen Ordnungswidrigkeit — muß die Polizei bei strafrechtlichen Vergehen einschreiten.“ (Hervorhebung — RM) Nicht um mehr oder weniger Demonstrationsfreiheit geht also der Streit zwischen FDP und CSU, sondern einzig und allein darum, daß der Hund nicht nur belien, sondern auch beißen soll. Und dafür dürfen die Brocken eben nicht zu groß sein.

5 Richter gegen die Mehrheit des Bundestages und Millionen Frauen

Der 25. Februar 1975 ist als schwarzer Tag in die neuere Geschichte der Bundesrepublik eingegangen. Ausgerechnet zu Beginn des „Internationalen Jahres der Frau“ erklärte das Bundesverfassungsgericht mit 5:3 Stimmen nämlich die 1974 vom Bundestag beschlossene Änderung des § 218, die sog-

ersten Mal die furchtbaren Worte von der „kommerzialisierten Massenschlächtere“ und dem „größten Auswurf der europäischen Geschichte“, die bis heute den Stil der Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit dem § 218 und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau bestimmen.

1973 wurde das Fristenmodell der Regierungsparteien im Bundestag eingebracht. Es sah vor, daß Abtreibung (nach Beratung durch eine Beratungsstelle und durch einen Arzt) in den ersten 12 Schwangerschaftswochen generell straffrei sein sollte und innerhalb der ersten 22 Schwangerschaftswochen unter bestimmten Bedingungen legalisiert werden sollte. Zwei alternative Gesetzesentwürfe der CDU/CSU wollten im wesentlichen den alten Zustand beibehalten.

Im April 1974 wurde das Fristenmodell in namentlicher Abstimmung angenommen. Im Mai 1974 lehnte der Bundesrat das Gesetz mit einer Stimme Mehrheit ab. Im Juni 1974 wies der Bundestag den Einspruch des Bundesrats mit der erforderlichen Mehrheit zurück. Das Gesetz wurde vom Bundespräsidenten unterschrieben und am 21. 6. 1974 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Am selben Tag erwirkte das Bundesland Baden-Württemberg eine einstweilige Verfügung beim Bundesverfassungsgericht, die das Inkrafttreten des Gesetzes verhinderte. Ebenfalls noch im Juni wandten sich 193 Mitglieder des Bundestages sowie die Landesregierungen von Baden-Württemberg, Bayern,

Rheinland-Pfalz, des Saarlandes und Schleswig-Holsteins mit einer Verfassungsklage an der Republik höchstes Gericht.

Am 25. Februar 1975 erging das Urteil. Es erklärte die Fristenlösung für unvereinbar mit dem Grundgesetz und zwar mit Art. 2 Abs. 2 — Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit — in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 — Würde des Menschen. Wobei für die Herren Verfassungsrichter völlig klar war, daß die Würde der Schwangeren nicht zählt gegenüber der Würde eines Embryos. Denn schließlich ist eine Schwangere kein Mensch, sondern eine Frau.

Im Juni 1976 tritt dann schließlich das bis heute geltende Indikationsmodell als Gesetz in Kraft. Versuche des Bundesrats, auch dieses Gesetz wieder zu Fall zu bringen, scheiterten. Daß sich CDU/CSU und katholische Kirche mit diesem Gesetz, das versucht, den Frauen entgegenzukommen, ohne der Reaktion allzu schmerzhaft auf die Füße zu treten, nie abgefunden haben, ist bekannt. Die jetzt angekündigte Verfassungsklage der CSU ist nur der bisher letzte von mehreren Versuchen, das Gesetz wieder zu Fall zu bringen.

Die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 ist ins Gerede gekommen. Von einer Seite, von der das am wenigsten zu erwarten war — von Frauen nämlich, die zu den ersten gehörten, die diese Forderung auf die Straße trugen und auch gegen alle Kompromißangebote von der Fristenlösung bis zur Indikationslösung verteidigten.

Zum Eklat kam es zum ersten Mal auf dem „Großen Ratsschlag“ zur Vorbereitung der Muttertagsaktion im letzten Jahr. Die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 war in den gemeinsamen Aufruf nicht aufgenommen worden. Begründet wurde das mit bündnispolitischen Erwägungen — sollten Frauenorganisationen aus der gemeinsamen Aktion ausgegrenzt werden, nur weil sie diese Forderung nicht mittragen konnten? Die meisten gaben dem Druck nach.

Sollen wir jetzt klein beugeben?

Tatsächlich geht es aber nicht nur um bündnispolitische Erwägungen. Tatsächlich geht es Teilen der Frauenbewegung darum, wie Susanne v. Paczensky in ihrem im letzten Jahr erschienenen rororo-Band „Die neuen Moralisten“ schreibt, „sich von diesem Kernstück der Frauenforderungen zu trennen“. Warum?

Susanne v. Paczensky geht in ihrem Beitrag in dem Buch der Frage nach, warum die Abtreibungsfrage für die CDU/CSU und für die katholische Kirche eine so immens wichtige Rolle spielt, in der Frauenbewegung aber immer mehr an Bedeutung verloren hat und auch die zunehmenden Attacken der Reaktion im wesentlichen nur mit der Demonstration im Februar 1983 in Karlsruhe massiver beantwortet wurden. Sie führt in ihrer Antwort verschiedene Gründe an, z. B. den Versuch, sich individuell mit dem reformierten Paragraphen zu arrangieren, z. B. die grüne Welle mit ihrer Abneigung gegen „künstliche Eingriffe“ in das „Naturgewollte“ usw. Als wichtigsten Grund macht sie aber einen anderen aus: „Die radikale Forderung nach Abschaffung des Paragraphen 218 steht uns im Wege.“ Wie das? Weil sich die Frauenbewegung angeblich selbst in die Enge treibt, wenn sie, wie Susanne v. Paczensky es formuliert, fordert: „Der Paragraph muß weg! — Der Paragraph muß bleiben, wie er ist!“ „Diese Stoßmich-zieh-dich-Politik“, so Susanne v. Paczensky, „macht unbeweglich“.

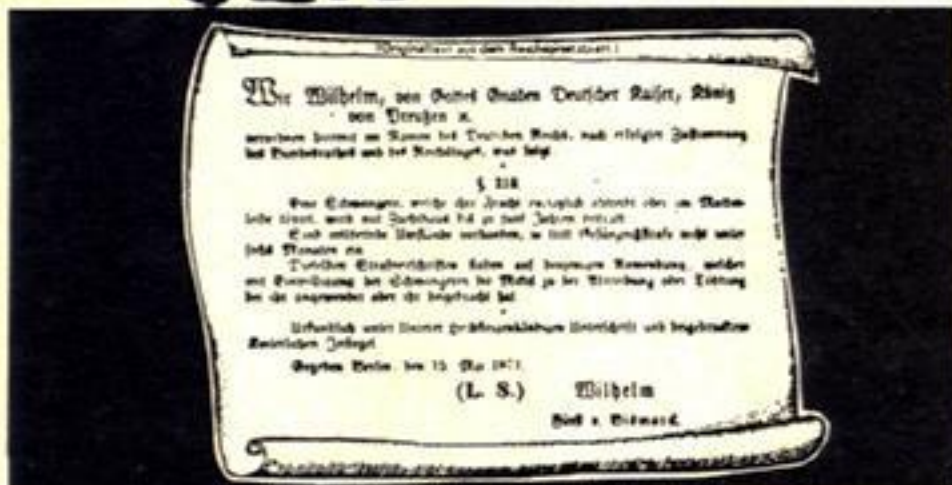
Als Abstraktes Denkmodell vielleicht. Aber in Wirklichkeit ist es doch nicht so, daß man den Angriffen der Reaktion nur begegnen kann, wenn man sich mit der geltenden Indikationsregelung einverstanden erklärt. In Wirklichkeit muß es doch darum gehen, alle Bestrebungen, den § 218 wieder zu einem eindeutigen Klassenparagrafen zu machen und die Forderung der Frauen auf Selbstbestimmung zu einem Verbrechen zu erklären, zurückzuschlagen und gleichzeitig für die ersatzlose Streichung des § 218 einzutreten.

Denn daß die geltende Regelung schlecht ist, ist doch unbestreitbar. Sie ist schlecht, weil sie an die Stelle der freien Entscheidung der Frau den Beratungszwang setzt. Sie ist schlecht, weil sie zuläßt, daß es in ganzen Landstrichen faktisch keine legalen Abtreibungsmöglichkeiten gibt. Sie ist vor allem deshalb schlecht, weil sie die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung weiterhin im Strafgesetzbuch beläßt. Denn dadurch bleibt Abtreibung grundsätzlich eine Straftat — wenn es auch Ausnahmen von dieser Regel gibt, wenn diese Ausnahmen auch heute die Regel sind.

Solange es einen Paragraphen 218 gibt, ist die Frage Abtreibung = Mord von Staats wegen nicht grundsätzlich und eindeutig entschieden. Damit aber behält die Reaktion den entscheidenden Fuß in der Tür, um für Änderungen in ihrem Sinne mobil machen zu können. Deshalb muß der Paragraph verschwinden. Und tatsächlich hat der Kampf gegen den reaktionären, frauenfeindlichen Feldzug von CDU/CSU und Kirche ja auch in der Diskussion nicht dazu geführt, daß in dieser politischen Situation über die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 gar niemand mehr reden mag. Das Gegenteil scheint eher der Fall zu sein wie das Beispiel der ÖTV zeigt, wo immerhin gegen die Empfehlung der Antragskommission auf dem Gewerkschaftstag (und das bedeutet einiges) die Forderung nach der Streichung des § 218 durchgesetzt wurde. Offenbar stößt also doch gerade die Auseinandersetzung mit der Reaktion viele Frauen darauf, daß das eigentliche Problem in der grundsätzlichen Strafbarkeit der Abtreibung liegt.

Bleibt die Frage, ob die ersatzlose Streichung des § 218 durchsetzbar ist oder ob es sich dabei um eine Utopie handelt, die wir alle nicht mehr erleben werden. Susanne v. Paczensky hat diese Frage für sich entschieden. Negativ. Auch das ist für sie ein Grund, sich von diesem „Kernstück der Frauenforderungen“ zu trennen. Es ist natürlich möglich, daß Susanne v. Paczensky recht hat. Frau mußte schon Prophet sein, um ihr das Gegenteil zu beweisen. Aber Frau muß kein Prophet sein, um weiszusagen, daß dann, wenn heute und in Zukunft aus ähnlichen realpolitischen Erwägungen niemand für diese Forderung kämpft, sie auch niemals verwirklicht werden wird. Für uns nicht. Für unsere Kinder nicht. Für unsere Enkel nicht. Wollen wir das? Wollen wir wirklich so klein beugeben?

§ 218



nannte Fristenregelung, für verfassungswidrig. Die Fristenregelung mußte aufgehoben werden und wurde durch die bis heute geltende Indikationsregelung ersetzt. Dieser Richterspruch bedeutete: 5 Männer haben in dieser Republik das Recht, das Selbstbestimmungsrecht von Millionen Frauen mit Füßen zu treten. Dieser Richterspruch bedeutete auch: parlamentarische Mehrheitsentscheidungen sind keinen Pfifferling wert, wenn sie an Grundinteressen der Herrschenden rühren.

Der eindeutig politische Charakter dieser Mehrheitsentscheidung des Verfassungsgerichts wurde noch unterstrichen durch das Minderheitenvotum der Verfassungsrichterin Rupp-v. Brünneck und des Verfassungsrichters Helmut Siemon (nachzulesen u. a. in „Wir sind keine Mörderinnen, rororo 1980“).

Wie kam es dazu?

1953, also vier Jahre (!) nach Gründung der Bundesrepublik war zwar endlich die Todesstrafe für Fremdbtreibung gestrichen worden, Abtreibung wurde aber weiterhin mit drakonischen Strafen (bis zu 10 Jahre Zuchthaus) bedroht. Erst mit dem Antritt der sozial-liberalen Regierungskoalition zeichneten sich Chancen für eine tatsächliche Reform des § 218 ab. Gegen erste Reformüberlegungen fuhr insbesondere die katholische Kirche sofort schwere Geschütze auf. Damals fielen zum

Im Kampf gegen den § 218 bildete sich damals die Frauenbewegung — Selbstanzeigen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen forderten die ersatzlose Streichung des § 218 oder — vor allem in mehr sozialdemokratisch beeinflussten Kreisen — die Fristenlösung. Eine Meinungsumfrage im Jahre 1972 ergab, daß lediglich 10 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung des geltenden § 218 war.



6000 Frauen in Karlsruhe gegen den Versuch, die Finanzierung der Abtreibung aufgrund der sozialen Indikation wieder abzuschaffen.

Der Stein des Anstoßes — Antrag Nr. 964

Norbert Blüm warnte vor der Entwicklung zu einer „sozialistischen Religionsgemeinschaft“. Der Katholische Arbeitnehmerverband urteilte: „destruktiv und inhuman“. Das Zentralkomitee der Katholiken sprach ein offizielles Verdammungsurteil. Die Rede ist von der ÖTV und dem Antrag 964 des letzten ÖTV-Gewerkschaftstages im Herbst 1984. Stein des Anstoßes sind drei Wörter in diesem vom Gewerkschaftstag angenommenen Antrag, nämlich die Forderung nach „1. Aufhebung des Abtreibungsverbots“. Wir dokumentieren den Antrag und seine Begründung auf dem Gewerkschaftstag durch die Nürnberger Delegierte Gerlinde Strehl.

Antrag 964

Die Delegierten des Gewerkschaftstages fordern:

1. Aufhebung des Abtreibungsverbots
2. Die Einrichtung von weiteren öffentlichen Familienberatungsstellen im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin-West sowie stärkere finanzielle Förderung durch öffentliche Mittel.
3. Die Sicherstellung von Krankenhausbetten.
4. Einrichtungen auch für ambulante Abbruchmöglichkeiten in Krankenhäusern.
5. Keine Erfassung der Betroffenen.

6. Keine Zwangsberatung.
7. Keine medizinischen Tests an Frauen bei der Schwangerschaftsabbruchung (entsprechend den WHO-Richtlinien).
8. Umfassende Aufklärung über Empfängnisregelung/Empfängnisverhütung, beginnend bei Jungen und Mädchen in der Schule, ferner über Medien etc; Einrichtung bzw. Ausbau der entsprechenden Beratungsstellen.
9. Ausgabe von kostenlosen und schonenden Verhütungsmitteln für Männer und Frauen auf Krankenschein.
10. Schwangerschaftsabbrüche sollen weiterhin Leistung der Krankenkassen (RVO) bleiben,

unabhängig von der Indikation.

11. Keine Streichung der sozialmedizinischen Dienste. Die Kriminalisierung legaler Schwangerschaftsabbrüche wird verurteilt. Alle gewerkschaftlichen Gremien werden aufgefordert, sich für diese Ziele einzusetzen. Um diese Ziele zu erreichen, ist es erforderlich, die Diskussion um die Paragraphen 218/219 StGB wiederzubeleben.

„Man darf nicht vermischen...“

„Hier steht, daß die einen eine Aufhebung des Abtreibungsverbots haben wollen. Es gibt drei Bezirke, die dies gefordert haben und die Bundesjugendkonferenz. Dann gibt es den Vorschlag der Antragskommission, auf diesen Satz zu verzichten.“ „Inhaltlich vielleicht folgendes: Als Gewerkschaft können wir nur die Straffreiheit eines Schwangerschaftsabbruchs beurteilen. Wir können sagen: Wir sind für Strafverfolgung oder wir sind gegen Strafverfolgung. Wir können aber keine Aussage darüber treffen, ob wir für oder gegen den Schwangerschaftsabbruch sind. Das ist eine Entscheidung, die tief im menschlichen Bewußtsein, im ethischen Be-

wußtsein liegt. Das ist eine Gewissensentscheidung...“

„Die ganze Sache wird juristisch untermauert durch die Verfassungsrichter, die 1975 mitzuentscheiden hatte über das Problem der Fristenlösung. Damals hat das Verfassungsgericht mit vier zu drei Stimmen gegen die Fristenlösung gestimmt. Diese Juristin hat nun folgendes festgestellt: Die Entscheidung über den Abbruch einer Schwangerschaft liegt so tief im menschlichen Bewußtsein, in seelischen Hintergründen, daß ein Strafgesetz, sei es noch so hart und drastisch, an dieser Gewissensentscheidung nichts bewegt. Deshalb ist es nicht gerechtfertigt, dies im Strafgesetzbuch zu behandeln. Es gibt im Grundgesetz keinen Anhaltspunkt, wo eine Gewissensentscheidung, auch wenn man sie als eine Fehlentscheidung oder vielleicht auch als leichtsinnige, falsche Entscheidung betrachtet, strafrechtlich verfolgt wird. Nur in diesem Fall ist es so.“

Ich komme zum Schluß. Ich bitte Euch, diesen Antrag, wie er vorliegt, also mit dem ersten Satz, zu beschließen. Ihr müßt deshalb die Empfehlung der Antragskommission ablehnen und den ersten Satz mitbeschließen...“

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leser

Fürs Weltbild unbequem?

Liebe Genossinnen und Genossen, die Ausführungen im RM 5/85 des Genossen P.K. aus Hamburg zur Form der Auseinandersetzung in den Leserbriefen aber auch sonst kann ich nur ganz dick unterstreichen!

Insgesamt begrüße ich die Ausführungen des Genossen H.D. Koch zur Sozialismus- und Programmdiskussion in dem Aufsatz „Die Pariser Kommune...“, wo er skizzenhaft die Probleme und Ursachen, die wir als Kommunisten und Kommunistinnen haben, wenn wir über den zukünftigen Sozialismus sprechen, aufzeigt. Er scheut sich dabei auch nicht, „Neues“ anzusprechen — was eigentlich gar nicht „neu“ ist, sondern nur tabu in unserer Partei war. Ich denke da z.B. an die politischen, psychischen und kulturellen Komponenten, die für eine Herausbildung einer sozialistischen Massenstimmung in Westdeutschland zu berücksichtigen sind. Aber auch an seine Anmerkungen zur bisherigen Art und Weise, wie wir die revisionistischen Länder kritisiert haben. Gerade hier trifft er voll ins Schwarze: kosmetische Korrekturen in Einzelfragen. Richtig und sehr wesentlich finde ich auch die Feststellung, daß zwar die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse die „Schuld“ haben, daß noch keine sozialistische Revolution in der BRD und West-Berlin stattgefunden hat, aber nicht daran, daß wir als KP so klein sind. Das liegt im Wesentlichen an unseren bisherigen Antworten einschließlich unserer politischen Praxis (sowie — das füge ich hinzu — am inneren Führungsstil).

Die Genossinnen und Genossen, die den Artikel insgesamt abgelehnt haben, zeichnen sich dadurch aus, daß sie die angesprochenen Probleme gar nicht aufgegriffen haben und keine Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen versuchten!

Nun zum zweiten Teil der Thesen zum Sozialismus, den ich genauso wichtig finde. Meiner Meinung nach zeichnen diesen Teil zwei Punkte aus:

1. Er greift genau Fragen auf, die sehr vielen von uns schon länger auf den Nägeln brennen und auch diskutiert werden, und er versucht, Ansätze zur Lösung zu benennen. Die Antworten mögen hier und da oder größtenteils, von mir aus auch ganz, falsch sein — was ich nicht finde —, aber die Fragen existieren bei uns v.a. beim kritischen Teil der Bevölkerung. Diese Fragen als tabu zu erklären und mit allen vorgefaßten

Schablonen zu erschlagen, ist wunderbar geeignet, als KP zu scheitern — was man sich dann auch nur wünschen muß! Denn mit den bisherigen Konzepten — besser wohl Rezepten — sich im Sozialismus nach der gewaltsamen Auflösung des westdeutschen Kapitalismus durchzusetzen, heißt, daß man Angst haben muß, eine eigene Meinung zu haben, die der Partei widerspricht, führt z.B. zu Gefängnis bis hin zu so absurden Verboten von kritischen Schriftstellern wie Stefan Heym in der DDR usw. usw. Ich habe den Verdacht, daß sich diejenigen, die den Artikel total ablehnen, vor diesen Fragen scheuen und stattdessen ihr Weltbild von Unbequemem freihalten wollen. Das führt dann dazu, daß man den Artikel nur ausgewählt wahrnimmt. Ich möchte das am Beispiel des Genossen H.S. (Leserbrief im RM 5/85) — ich nenne ihn einfach mal Herry — zeigen. Er weiß wohl schon vor dem Lesen des Artikels, wo die Fehler sind, was fehlt usw. So greift Genosse Herry einfach eine Passage raus zur Betriebsverfassung und stellt fest, daß da das Wort Gewerkschaft fehlt und kommt zum Schluß, daß die größte und wesentlichste Massenorganisation im Sozialismus nicht beachtet wird. Nur — ein Abschnitt vorher wird in dem Artikel genau über die Gewerkschaften als breiteste Organisation der Arbeiterklasse gesprochen. Durch solch ein Vorgehen — ich unterstelle keinerlei Absicht, die Erklärung wäre zu einfach — erhält sich der Genosse Herry sein Weltbild, geht kritischen Fragen aus dem Weg und kann ruhig weiterleben. Ähnlich wie Genosse Herry verfahren die anderen, nur viel rigoros.

2. Die Stärke der thesenartigen Antworten liegt darin, daß sie keine taktischen Zugeständnisse oder opportunistische Anpassungen an den Zeitgeist sind, sondern versuchen, lernend aus den Erfahrungen der Geschichte und aus den Erfordernissen und Möglichkeiten der heutigen Zeit grundsätzlich zu sein. Z.B. zum Streikrecht im Sozialismus und anderen demokratischen Grundrechten: die Antwort „ja“ begründet sich nicht z.B. aus der Situation in Polen, weil uns jetzt die Menschen verstärkt danach fragen und wir, um nicht Sympathien zu verlieren, sagen „ja“, — also auf opportunistischer Grundlage, sondern aus der Analyse, daß auch im Sozialismus die Wünsche von Staat und Arbeiterklasse nicht unbedingt immer identisch sein müssen, und der Einsicht, daß die Arbeiterklasse selbst entscheiden muß und nicht irgendein Mann für die Arbeiterklasse. Genauso, finde ich, muß unsere weitere

theoretische Arbeit vorangehen. Dabei sollten wir auch die Erfahrungen und Analysen von Marx, Engels, Lenin, Stalin aber auch anderer wie Luxemburg, Liebknecht, Mao, Hoxha usw. aufarbeiten, uns zu Nutzen machen, um zu sehen, wie haben sie ihre Probleme gelöst. Grundlage für unsere Untersuchungen der westdeutschen Realität ist aber nicht die Lehre von ihnen, sondern die Methode des historischen und dialektischen Materialismus. Nichts ist von sich aus richtig, weil es ein „Klassiker“ gesagt hat. Wir müssen uns davor hüten, apologetenhaft zu beweisen, daß z.B. Lenin doch unfehlbar war, dazu noch mit von der Partei bisher unbewiesenen Angriffen auf Stalin. Es gibt keinen reinen Marx, Engels, Lenin oder Stalin! Es gibt aber die kommunistischen Theoretiker und Praktiker Marx, Engels, Lenin, Stalin wie es die kommunistischen Theoretiker(innen) und Praktiker(innen) Luxemburg, Mao, Hoxha usw. usw. gibt, alles Kinder ihrer Zeit, mehr oder weniger Fehler machend, mehr oder weniger grundlegend. Aber keiner ist ein Gott!

W. aus Bochum

Ohne uns

Einige Bemerkungen zu H.D. Kochs Beitrag: „Zur Diskussion um die Leserbrief“

1. Warum ist die Leserbriefseite die meistgelesene? Offensichtlich doch deshalb, weil es nahezu die einzige Seite dieser Zeitung ist, bei der man u.a. feststellen kann, daß es in der KPD noch wahrhaftige Kommunisten, prinzipienfeste und verantwortungsvolle Marxist-Leninisten gibt und diese sich verpflichtet sehen ihre Stimme zu erheben. Die Zeiten, wo man das Organ des Zentralkomitees der KPD als bolschewistisch, als kollektiven Agitator, Propagandisten und Organisator der Partei bezeichnen konnte, scheinen endgültig der Vergangenheit anzugehören!

2. Werden tatsächlich alle Briefe abgedruckt? H.D. Koch schreibt: „Die gegenwärtige Praxis ist bekanntlich so, daß der Rote Morgen jeden Leserbrief abdruckt.“ ... „Da drängt sich hin und wieder der heimliche Wunsch, den einen oder anderen Brief unter den Tisch fallen zu lassen durchaus auf.“ Dieser heimliche Wunsch ist möglicherweise doch schon Wirklichkeit geworden, denn zwei Leserbriefe von mir, die sich mit den trotzkistisch-titoistischen Auffassungen der gegenwärtigen KPD-Führung beschäftigen, (Dezember 1984), sind im Roten Morgen bislang nicht erschienen.

3. Von der RM-Redaktion zu verlangen, daß keine konterrevolutionären, arroganten und beleidigenden Machwerke im Stile von Dubinsky & Co. abgedruckt werden sollen, ist eine Illusion!

Diejenigen Genossen, die noch Hoffnung haben, daß konterrevolutionäre Angriffe auf Lenin, Stalin, die von ihnen geführte KPdSU, auf die internationale marxistisch-leninistische Bewegung, auf die PAA, mit Genossen Enver an der Spitze, in der Leserbriefseite nicht veröffentlicht werden, sind ehrlich gesagt nicht gerade frei von Illusionen und lesen möglicherweise nicht genügend den Rest der Zeitung.

Die Mitglieder der Partei unter den Leserbriefschreibern haben doch Zugang zu den internen Veröffentlichungen. Genossen, merkt ihr denn nicht, daß spätestens nach dem letzten Parteitag, sich an der Spitze der KPD eine trotzkistisch-titoistische Clique etabliert hat? Für die wahrhaften Kommunisten ist es höchste Zeit, sich mit Lenins Schrift: „Was tun“ zu beschäftigen und Schlußfolgerungen zu ziehen! Die Lösung muß sein: Feuer auf den Opportunismus!

4. Wer sind die Spalter? „Wenn die Auseinandersetzung um Stalin und die sowjetische Entwicklung unter seiner Führung, Mao und die Kulturrevolution, die detaillierte Einschätzung der Verhältnisse in der DDR usw. zur Grundlage der Einheit in dieser Partei gehören, werden sie automatisch zu Fragen der Spaltung und der Begründung für entsprechend zahlreiche Organisationen.“

In der Tat sind solche Töne Opportunismus und Demagogie in

voller Blüte. Zu fragen wäre, zu welcher Auffassung von materialistischer Geschichtsauffassung und Dialektik dieser sich selbst ernannte Hohepriester der Breikochkunst gelangt ist. Er und seine Apologeten, die auf dem geraden Weg sind, die Partei zu liquidieren und zu spalten, lamentieren über Spaltung. H.D. Koch und Freunde, wünschen sich offenbar eine Partei in der Art der ökonomischen Pfaffengemeinschaft. Aber dann bitte konsequent und ohne uns!

M.T., Berlin (West)

Unzensiert:

Leserbrief zum unzensierten Abdruck im Roten Morgen
Eigentlich ist es ja beschämend, daß seit einiger Zeit die Leserbriefseite im RM die einzig interessante Seite ist. Alles andere kann ich in bürgerlichen oder alternativen Gazetten besser und ausführlicher nachlesen. Das Positive an der Leserbriefseite ist, daß man dort das für uns momentan wichtigste Thema angeschnitten sieht, nämlich die bewußte Zerstörung einer ehemals bolschewistischen Partei, durch eine kleine Gruppe von kleinbürgerlichen Intriganten.

Ich will jetzt nicht die ganze Entartung gewisser Parteiführer aufzeigen, sondern mich auf die Selbstentlarvung eben dieser Leute beschränken. Zunächst einmal fällt jedem bewußten Leser auf, daß auf sachlich fundierte Kritik entweder gar nicht, oder nur mit allgemeinem Gelaber geantwortet wird. Als Beispiel mag der Artikel von H.D.K. im RM 1/2 85 dienen, in dem er sich sehr liberal gibt, und den Abdruck aller eingehenden Leserbriefe verspricht. Daß dies absolut nicht der Wahrheit entspricht, wird sich später noch herausstellen. Nun kam ganze drei Ausgaben später mal wieder ein Tiefschlag gegen einen Genossen. Da schreibt ein Genosse eine sachliche und meiner Meinung nach sehr gute Kritik an dem Beitrag des „Großen Vorsitzenden“ im TO Nr. 10, und was passiert: Es reicht nicht aus, daß man wie gewohnt mit ausweichenden Floskeln antwortet; nein, man tritt dem Kritiker ausgesprochen feindlich gegenüber und schießt dabei doch ein gewaltiges Eigentor. Führt man sich nämlich die Anmerkung des H.D.K. zu diesem Brief zu Gemüte, so zeigt sich, daß es mal wieder soweit ist, daß eine kleine Gruppe, das Politbüro, die Politik der Partei bestimmt, obwohl es dazu gar nicht legitimiert ist. Man muß sich das mal vorstellen. Da wird ein Genosse vom ZK beauftragt, einen Artikel zu schreiben.

Als dieser Artikel nun fertig ist, wird er nicht mit solidarischer Kritik begutachtet, sondern das Politbüro lehnt ihn einfach als schlecht und mangelhaft ab, da er nicht in ihr Konzept zur Umformung der Partei paßt. Es beauftragt dann von sich aus den „Großen Vorsitzenden“ mit der Abfassung des Artikels. Was dabei herauskam, kann man im TO 10 nachlesen. Bei dieser Vorgehensweise wird man den Verdacht nicht los, daß gerade diejenigen, die das Wort Demokratie immer und überall im Munde führen, ansonsten eben jene Demokratie mit den Füßen in den Dreck treten. Soweit zum Thema Selbstentlarvung.

Als nun, als Reaktion auf das genannte Versprechen im RM 1/2 85, ein Genosse eine sehr kritische Stellungnahme zu dem Artikel im TO verfaßt und als Leserbrief nach Dortmund schickt, ist von den großen Sprüchen des H.D.K. nicht mehr viel zu spüren. Anstatt sich mit dem Brief inhaltlich zu befassen, wird der Abdruck aus rein formalistischen Gründen vom ZK abgelehnt. Ich meine, es kann nicht gehen, einen Brief mit der Begründung abzulehnen, er sei zu lang, da ja auch der Abdruck in mehreren Teilen verweigert wurde. Das Angebot des ZK, es könne sich ja jeder Gen. ein Exemplar auf Anfrage zuschicken lassen, ist einfach lächerlich, und zeigt, daß dieser Leserbrief scheinbar sich nicht nur allgemein mit der besch. ... Politik der Partei auseinandersetzt, sondern vermutlich auch etwas zu den Personen zu sagen hat, die diese Politik vertreten und durchsetzen wollen. Das wird dadurch deutlich, daß dem Verfasser

in einem Telefongespräch mitgeteilt wurde: „So liberal sind wir nun auch wieder nicht.“ Es gäbe ja nun auch noch die Möglichkeit des Abdrucks im „Kommunist“. Aber da sehe ich angesichts der Blockadeaktionen gewisser Personen auch schwarz. Man hat nämlich früh genug die 300-Zeilen-Begrenzung eingeführt. Mit diesem Argument den Abdruck zu verweigern, ist unhaltbar in der jetzigen Situation. Na ja, ich will's nicht zu lang machen, sonst wird dieser Leserbrief in neuerer Zeit entweder kommentarlos fallengelassen oder von H.D.K. als unverschämte Frechheit bezeichnet und unterdrückt. Bleibt nur zu hoffen, daß es genug Genossen gibt, die unseren „Großen Vorsitzenden“ beim Wort nehmen: „Eine Partei ... muß die Leserbriefseite verkräften.“ (Zitat H.D.K. in RM 1/2 85) In diesem Sinne, setzen wir uns ein für ein Ende der Intrigenwirtschaft und für eine vernünftige kommunistische Politik.

Rot Front
M. aus Bremen

P.S.: Ich unterstütze die Forderung des Gen. D.M. nach unverzüglichem Abdruck seiner Stellungnahme.

Einfach andere Meinung?

Betr.: RM 6/85 Leserbrief „Liberaler Heuchelei“

Ich finde auch, daß ein 17,5 Seiten langer Leserbrief nicht im RM abgedruckt werden kann. Da er aber die zentrale Diskussion der Partei berührt, erwarte ich, daß er im Kommunist abgedruckt wird. Da sich der Brief mit einem grundsätzlichen Artikel im RM auseinandersetzt, schlage ich vor, daß er darüber hinaus allen Interessenten auf Anforderung zugeschickt werden sollte. Hiermit fordere ich die Redaktion auf, mir den Brief zuzuschicken.

Zur Leserbriefseite allgemein: Ich befürworte mit H.D. Koch die „offene und öffentlich geführte kontroverse Diskussion“ (RM 1/85). Doch was hat es mit einer offenen Diskussion zu tun, wenn bestimmte Thesen und Behauptungen einfach stehengelassen werden, obwohl die Partei bisher dazu eine klare andere Meinung hatte. Hat die Partei keine Meinung mehr dazu? Warum diskutiert die Zentrale nicht wenigstens mit? Nehmen wir Stalin. Sein Bild hängt noch im Kopf des RM. Aber seit etwa Sommer letzten Jahres kommen in Leserbriefen — zum Teil recht prominenter Parteigenossen — teils offene, teils andeutungsweise, (in Artikeln von H.D. Koch bisher nur versteckte) schwerwiegende Urteile über Stalin: Leserbriefe: Im Zuge des Nichtangriffspakts wurden aus der Sowjetunion deutsche Kommunisten an die SS ausgeliefert. Thälmanns Tod hat Hintergründe, die in Moskau zu suchen sind. Die Stalinisten haben die Machtergreifung Hitlers erleichtert, die spanische Revolution zum Scheitern verurteilt, usw. — alles ohne Beleg!

Ich kann diese Fragen nicht beurteilen und wer kann das schon so einfach. Für mich ist Stalin kein lieber Gott. Aber immerhin ist es noch nicht so lange her, daß die Partei ein Buch herausgegeben hat („Die Wahrheit über Stalin“), das mir ziemlich fundiert vorgekommen ist und das im krassen Gegensatz steht zu den neuen Vorwürfen und Behauptungen. Der Genosse, der das Buch geschrieben hat, ist ja auch heute noch beim RM beschäftigt. Er müßte sich doch direkt angesprochen fühlen und er müßte auch am meisten Überblick über die Quellen haben. Warum nimmt er nicht Stellung. War das damals alles Scheiße, oder steht Du noch dazu?

Schließlich: Wenn überhaupt irgendwas keinen Platz im RM hat, dann sind es Andeutungen über Fraktionen, Spaltungsversuche, Ausschlussdrohungen gegen Teile der Partei (RM 5/85). Offene, auch scharfe Auseinandersetzungen um politische Fragen widerspricht nicht der Einheit und Geschlossenheit der Partei. Aber wenn wir die Leserbriefseite demnächst derart gestalten wollen, dann gute Nacht! Genosse H.D. Koch, ist das für Dich immer noch die „öffentlich geführte kontroverse Diskussion“, oder muß man das nicht doch „tendenziell in Gegensatz setzen zum Organisationsprinzip des Demokratischen Zentralismus“?

H.M., Nürnberg

Wohin?

Liebe Freunde, im „Friedensplan der KPD“ von 1980 oder 1981 (also noch gar nicht so alt) werden unter Ziffer II „Maßnahmen zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen“ vorgeschlagen, darunter eine „Konföderation“ Deutschlands (BRD und DDR). Explizit heißt es unter IIe: „Förderung aller Maßnahmen, die einem weiteren Auseinanderleben beider deutscher Staaten entgegenwirken.“

In der „Vereinbarung der Vollversammlung der Leitungen ... vom 2./3. Februar 1985“ (abgedruckt in RM 6 vom 8.2.85) steht dagegen: „... Annullierung des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz und allen diesem Ziel dienenden Maßnahmen, Institutionen, usw.“

Ja, was denn nun? Gibt es für euch jetzt keine deutsche Frage mehr? Wieviele Zickzack-Manöver mutet ihr euren Mitgliedern und den RM-Lesern eigentlich noch zu? Ich lese den RM (mit Unterbrechungen) seit 1972 (da war er noch um einiges „knackiger“ und interessanter), aber durchgängig scheint bei euch tatsächlich nur noch eine Devise zu sein: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“ Nur daß die Abstände zwischen den jeweiligen Schwänken immer kürzer werden. Ein Zusammenhalt um eine klare Linie zumindest in Kernfragen scheint nicht mehr da zu sein. Wohin das führt, hat man bei KPD/Rote Fahne und KBW gesehen. Bleibt die polemische Frage: wann löst auch ihr euch auf?

Grüße
P. aus Mainz

Seminar zur gewerkschaftlichen Frauenpolitik

am Wochenende 16./17. März 1985 im Raum Ruhrgebiet

Themen:

1. Stand gewerkschaftlicher Frauenpolitik. (Was hat sich in den letzten Jahren entwickelt, wie soll es weitergehen?)
2. Praktischer Erfahrungsaustausch zur Arbeit in gewerkschaftlichen Frauenausschüssen, betrieblichen Frauengruppen usw. (Hier wollen wir u.a. auch in einer gesonderten Arbeitsgruppe Kolleginnen, die in diese Arbeit neu einsteigen bzw. die gewerkschaftliche Frauenarbeit an ihren Orten ankurbeln wollen, praktische Tipps geben.)
Dieses Seminar wird gemeinsam von RGO-, GIM- und KPD-Frauen veranstaltet. Alle Kolleginnen, die an diesem Seminar interessiert sind, sind herzlich eingeladen.
Anmeldungen bitte möglichst umgehend, spätestens bis 4. März 1985 schicken an RGO, Postfach 41 03 32, 4600 Dortmund 41.

Anmeldung zum Frauenseminar 16./17. März 1985

Name Anschrift

Teilnehmerzahl Gewerkschaft*

*Gewerkschaftszugehörigkeit nach Möglichkeit bitte angeben, da es die Vorbereitung des Seminars erleichtert.

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ...
ab Nr.
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM
☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM

☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen

☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000 290
(Bankleitzahl 44050199) Postcheckkonto Dortmund 79600-461

Neue Medien — die technischen Systeme

Zum Abschluß unserer Artikelreihe über die neuen Medien veröffentlichen wir eine kurze Zusammenfassung der technischen Systeme, die mit dem Begriff umschrieben sind. Der Abschluß ist ganz und gar vorläufiger Natur — denn sicher werden wir in kommenden Ausgaben noch des öfteren über diese Frage publizieren, die ja an Wichtigkeit zunimmt. Die Absicht dieser Artikelreihe war es, einen einführenden Überblick über Stand und Problematik zu geben. Vor allem die Frage der Möglichkeiten des Widerstandes dagegen, sowohl politischer als auch gewerkschaftlicher Art ist noch sehr viel gründlicher zu behandeln, als dies bisher der Fall gewesen ist.

In der Diskussion um die Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und um die Forderungen, die sich daraus ergeben, können wir leider nicht vollständig von der konkreten, vorhandenen und geplanten Technik abstrahieren; denn je leistungsfähiger die Kabelnetze und je komplexer die darauf aufbauenden Dienste sind, desto größer sind auch die Gefahren. Im folgenden werden wir nach einer kurzen Einführung in die Begriffswelt die existierenden Netze beschreiben und die geplante Entwicklung der Systeme aufzeigen. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Veränderungen im Fernsprechnetz.

Netze und Dienste

Zur Übermittlung von Informationen in Form von Sprache, Daten und Bildern dienen Netze; auf diesen Netzen arbeiten die verschiedenen Dienste. So sind im Fernsprechnetz Telefonieren, Fernkopieren und Bildschirmtext möglich; im Daten-netz werden Fernschreiben, Fernkopieren, Telegrammdienst und schneller Datenaustausch angeboten; das Rundfunknetz verteilt und Hörfunk- und Fernsehprogramme.

Diese Netze unterscheiden sich je nach Anforderung ganz erheblich. Beim Rundfunk reicht es z.B. aus, daß die Informationen von einem Punkt, dem Rundfunksender, aus zu vielen Punkten, den Radio- und Fernsehgeräten, verteilt werden; man nennt solche Netze wegen ihrer Struktur *baumförmig* oder auch *Verteilnetze*. Sollen dagegen zwei beliebige Punkte im Netz, z.B. zwei Fernsprechteilnehmer, miteinander vermittelt werden, sind sogenannte *sternförmige* oder auch *vermaschte Vermittlungsnetze* notwendig.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Netzen resultiert aus den verwendeten Übertragungsmedien. Diese haben verschiedene Bandbreiten (gemessen in Megahertz) bzw. Datenübertragungsgeschwindigkeiten (gemessen in Bit/Sekunde), das ist die Fähigkeit, eine gewisse Informationsmenge in einer bestimmten Zeiteinheit zu übertragen. *Glasfaserkabel* sind quasi „schneller“ als *Kupferkabel*, und diese sind wiederum „schneller“ als *zweiadrige (symmetrische) Kupferkabel*. Netze, die zur Übertragung von Bewegtbildern fähig sind, heißen *breitbandig*, die übrigen *schmalbandig*.

Schließlich ist für die Charakterisierung die Art der Übertragung, analog oder digital, wesentlich. *Analoge Signale* entsprechen Schwingungen. So werden z.B. beim Telefonieren die beim Sprechen entstehenden Schallwellen in der Sprechkap-

sel des Telefonhörers in elektrische Schwingungen verwandelt und so auf den Leitungen übertragen, um in der Hörkap-sel wiederum in hörbare Schwingungen der Luft umgesetzt zu werden. *Digitale Signale* entsprechen dagegen diskreten Zuständen, z.B. Strom oder kein Strom, „Eins“ oder „Null“, „Ja“ oder „Nein“. Computer rechnen mit solchen digitalen Werten, weshalb beim Datenaustausch zwischen Rechnern digitale Signale übertragen werden. Analoge und digitale Signale können ineinander umgewandelt werden. Es handelt sich dabei nur um zwei verschiedene Formen der Darstellung.

nur im Teilnehmeranschlußbereich, also innerhalb eines Ortsnetzes, mit zweiadrigen symmetrischen Kupferkabeln und analoger Übertragung ausgelegt. Im Fernliniennetz, also zwischen den Endvermittlungsstellen eines Ortsnetzes und den Zentralvermittlungsstellen, werden bereits heute ein Teil der Signale digitalisiert und über *Koaxial- oder Glasfaserkabel* übertragen.

Hier finden gravierende Veränderungen statt. Quasi von „oben“ her, vom Fernlinien- über das Ortsnetz zum einzelnen Teilnehmer, wird Übertragung von analog auf digital umgestellt und werden neue Übertragungsmedien verwendet. Parallel zur zunehmenden *Digitalisierung der Übertragung* vollzieht sich eine zweite, vom Fernsprechteilnehmer ebenso unbemerkte Entwicklung, die *Digitalisierung der Vermittlung*, d.h. computergesteuerte Vermittlungstechnik wird nach und nach die elektrischen Teile, wie Drehscheibe oder Drehwähler ersetzen.

Eine weitgehende Digitalisierung des Fernsprechnetzes bezüglich der Übertragung und der Vermittlung erlaubt ab 1986 die *Vereinigung des Fernsprech-*

diges Verteilernetz aus Kupferkabel bis zum sogenannten *Übergabepunkt* der Post, meist im Keller eines Hauses, übertragen werden. Die gegenwärtig in fast allen Bundesländern verabschiedeten Mediengesetze regeln dabei die Zulassung für private Anbieter und welche Programme eingespeist werden dürfen.

Private Betriebe installieren von diesem Übergabepunkt aus eine Hausverteilanlage, die die Programme zu den Anschlüssen in den einzelnen Wohnungen führt. War ursprünglich geplant, die Gemeinschaftsantennenanlagen als vorhandenes Hausverteilnetz beizubehalten, so erwiesen sich einige ältere Anlagen wegen ihrer begrenzten Bandbreite als untauglich für die Anzahl der eingespeisten Programme.

An dieser Stelle empfiehlt die Post, die Ausführung einer neuen hausinternen Anlage als *Sternnetz*, statt wie bisher und ausreichend in Baumform. Die Auslegung in Sternform, die nicht technisch bedingt ist, wird von der Post als die „individuelle Lösung“ angepriesen: „*Zukunftsorientiert auch für individuell abrufbare Information*“. Jeder Teilnehmer erhält



Btx

Bildschirmtext ist ein neuer Dienst der Post. Seine Bedeutung liegt in der Verbindung des (heimischen) Fernsehgerätes über das Fernsprechnetz mit einem Computer. Das ist insofern problematisch, als sich der einzelne private Btx-Teilnehmer für einen sinnvollen Einsatz dieses Dienstes nach und nach die Geräte für einen *Heimarbeitplatz* zusammenkaufen: alphanumerische Tastatur, Bildspeicher, Drucker, Kleinrechner (Homecomputer).

Die minimale Teilnehmerausrüstung besteht aus einem Telefon, einem von der Post gemieteten *Modem* und einem Fernsehgerät mit *Bildschirmtextdekoder* und Fernbedienung. Das Modem (Modulator/DEModulator) setzt die empfangenen analogen Signale in digitale um, die der Dekoder dann auf dem Fernsehschirm darstellt. Umgekehrt wandelt das Modem die vom Teilnehmer (z.B. über die Fernbedienungstastatur) eingegebenen Befehle wieder in analoge elektrische Schwingungen um und identifiziert sich gegenüber der Btx-Zentrale mit einer dem Teilnehmer selbst unbekannten achtstelligen Nummer.

Jenseits der Telefonanschlußdose steht der Teilnehmer über das Fernsprechnetz mit einer *Btx-Zentrale*, das sind große Vermittlungsrechner mit angeschlossenen Datenbanken, in Verbindung. Diese Zentralen wiederum kommunizieren untereinander und mit externen (privaten) Großrechnern über das *Datex-P-Netz*.

Somit ermöglicht Btx seinen Teilnehmern die billige Nutzung eines *kompletten Rechnerverbundnetzes*; das ist vor allem für kleinere Betriebe (für Bestellungen und externe Datenverarbeitung) und für Dienstleistungsbetriebe mit Außenstellen oder Vertretern (z.B. Versicherungen, Versandhäuser mit Sammelbestellern) interessant.

Vorerst macht Btx jedoch nur seine ersten Gehversuche: Die Auflösung des Bildes ist viel zu grob (nur 24 x 40 Zeichen pro Bildschirmseite), der Aufbau einer Seite dauert extrem lange (je nach Anteil enthaltener Grafiksymbbole), das ganze System ist äußerst unsicher, was besonders jugendliche „Hacker“ erfreut, und keiner weiß, ob das gesamte System nicht bei steigender Teilnehmerzahl zeitweilig zusammenbricht.

Diese technischen Mängel lassen schwer vorhersagen, wie schnell sich Btx im gewerblichen Bereich durchsetzen wird. Im privaten Bereich ist die vorwiegend vom Dienstleistungsangebot (z.B. kostenlose Konto-führung bei gleichzeitiger

Schließung von Bankfilialen) und den Anschlußkosten abhängig. Für eine monatliche Bestellung oder Buchung und abendlicher Spielereien lohnt es sicherlich nicht.

Der zukünftige Ausbau der Netze

Die gegenwärtige Digitalisierung der Übertragung, der Einsatz von Glasfaserkabeln im Fernliniennetz und die diesem beginnende Digitalisierung der Vermittlung führen ab 1986 zur Vereinigung des Fernsprechnetzes mit dem integrierten Daten- und Textnetz. Daraus entsteht das schmalbandige dienstintegrierte digitale Netz ISDN mit einer Datenübertragungsgeschwindigkeit von 2 x 64 Kbit/Sekunde.

Doch damit nicht genug: Mit der Errichtung von Glasfaserteilnehmeranschlüssen wird das schmalbandige ISDN ab 1986/87 zu einem *breitbandigen ISDN* ausgebaut. Die Datenübertragungsleistung steigert sich damit auf 140 Mbit/Sekunde. Dies ermöglicht neben den Standarddiensten und einigen zusätzlichen neuen Diensten auch die Bewegtbildübertragung. (Somit umfaßt dieses breitbandige integrierte Netz die Merkmale der Rundfunkverkabelung).

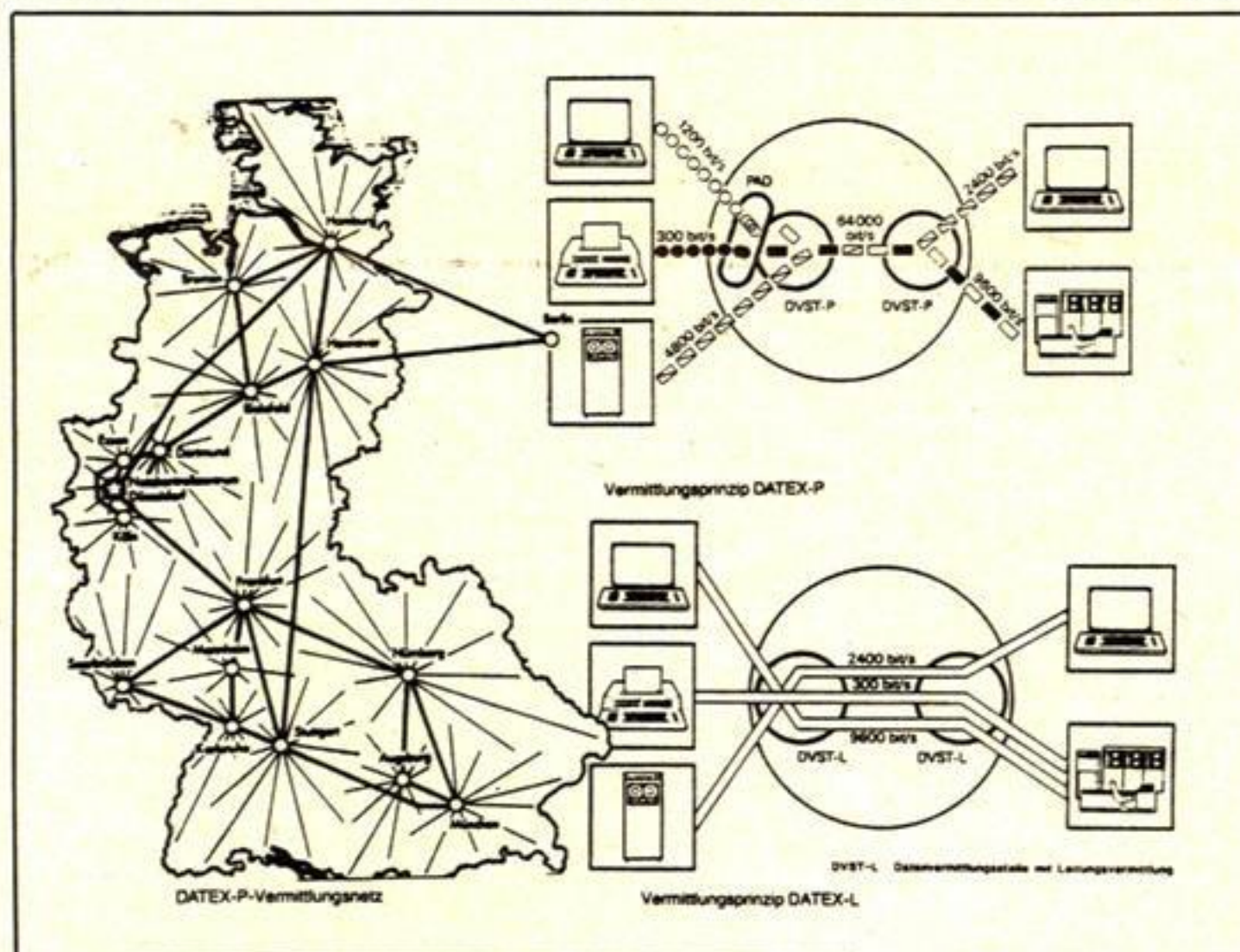
Hierzu findet seit 1983 unter dem Namen *Bigfon (breitbandiges integriertes Glasfaser-Fernmeldeortnetz)* in sieben Städten ein Systemversuch statt. Diese Ortsnetze mit jeweils etwa fünfzig Glasfaserteilnehmeranschlüssen werden zur Zeit miteinander verbunden.

„*Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt*“, schreibt die Post in ihren bunten Hochglanzprospekten:

- vier vermittelte oder zwölf verteilte Fernsekanäle,
- vier vermittelte oder vierundzwanzig Stereofunkkanäle,
- ein bidirektionaler Bildfern-sprechkanal für Fernsehtelefon und
- mehrere Daten-, Text- und Fernsprechanäle,

so lauten die Rahmenvorgaben der Post für diesen Versuch, mit dem Firmen wie SEL oder Siemens mit Millionen Mark gefördert werden.

Was die Post als „*Bereicherung der natürlichen menschlichen Kommunikation*“ anpreist (die liebe Oma „fernsehtelefoniert“ mit ihrer süßen kleinen Enkelin), wird seine Anwendung zum allergrößten Teil im geschäftlichen Bereich haben (Videokonferenzen für Manager, schnellster Datenaustausch usw.). Nur: der Bürger muß eben dafür bezahlen — von den sozialen Risiken, die solche technisch leistungsfähigen Systeme beinhalten, einmal abgesehen.



Integriertes Daten- und Textnetz (IDN)

Das IDN (Integrated Data Network) ist ein *schmalbandiges digitales Vermittlungsnetz* und umfaßt das Fernschreibnetz (Telex), das Telegrammnetz (Gentex) und die Datennetze (Datex L und Datex P für Fernkopieren, Bürofernschreiben (Teletex) und verschiedene „schnelle“ Datendienste. Die Datexnetze verbinden im wesentlichen Großrechner, Datenbanken und Ein-/Ausgabegeräte untereinander. Mit Teletexttechnik, das heißt einer Sprecherschreibmaschine am Datex L-Netz finden bereits Pilotprojekte zur Erprobung von Heim-arbeitsplätzen statt.

Das Fernsprechnetz

Das Fernsprechnetz umfaßt die Dienst-Fernsprecher (Telefon), Fernkopieren und Bildschirmtext (S. u.) und ist ein *schmalbandiges Vermittlungsnetz*. Das Fernsprechnetz ist allerdings

und der Datennetze zum sogenannten *dienstintegrierten digitalen Netz ISDN* (Integrated Services Digital Network); dazu weiter unten mehr. Die Logik, die dahinter steht, ist es, das Telefonieren für den Bürger teurer und den schnellen Datenaustausch für die Unternehmen billiger zu machen.

Der Einsatz von *Glasfaserkabeln im Ortsnetz* und die Errichtung von „Glasfaserteilnehmeranschlüssen“ sollen in diesem und nächstem Jahr in wirtschaftlichen Ballungsgebieten beginnen.

Die Rundfunkverkabelung

Haben wir bisher unsere Hörfunk- und Fernsehprogramme aus der Luft mittels Einzel- oder Gemeinschaftsantenne empfangen, so werden sie nun durch die Rundfunkverkabelung herangeführt. Die Post errichtet Rundfunkempfangsanlagen, so z.B. im Gebäude des Fernmeldeamtes in der Rüppurrer Straße, von denen die dort empfangenen und eingespeisten Programme über ein breitban-

dabei einen adressierbaren Anschluß und fordert ein Programm mittels der Programmtaste vom sogenannten *fernsteuerbaren adressierbaren Teilnehmerkonverter (FAT)* am Übergabepunkt an. Es stehen zwar alle eingespeisten Programme am Übergabepunkt im Keller an, doch nur die gewünschten werden vom Konverter zum Empfangsgerät vermittelt.

Adressierbare Anschlüsse ermöglichen den Empfang und die automatische Abrechnung von privaten Sendungen gegen gesonderte Bezahlung („pay per view“) und das monatliche Mieten von Programmen („pay-TV“). Zum ersten Mal in der Geschichte des Rundfunks wird *dadurch möglich sein zu kontrollieren, wer was empfängt!* Hierzu stehen Datenrückkanäle zur Verfügung, d.h. auf ein und derselben Leitung können auch Informationen in entgegengesetzter Richtung übertragen werden. Ein Teil dieser Rückkanäle soll für weitere Dienste, wie Fernwirken, -messen, -überwachen (Licht anschalten, Heizung ablesen, Einbruchalarm geben) verwendet werden.

Zwei Ereignisse haben die Diktatur von Paraguay wieder ins Gespräch gebracht — zu wenig noch, wie wir meinen. Da ist zum einen die Ankündigung eines hochoffiziellen Staatsbesuchs in Bonn. Alfredo Stroessner, General, Regierungschef Paraguays und eine der dunkelsten politischen Gestalten des Subkontinents soll im Juli in Bonn empfangen werden. Zum „Zwecke der Intensivierung der deutsch-paraguayischen Wirtschaftsbeziehungen“ will er in Bonn mit Kanzler Kohl, in Stuttgart mit Ministerpräsidenten Späth und in München mit Franz Josef Strauß sprechen. Stroessner

ist Diktator in einem Land, daß gekennzeichnet ist von Landvertreibungen, permanenten Menschenrechtsverletzungen, willkürlichen Verhaftungen und Folter, von ständig steigender Verarmung der Bevölkerung, von Korruption und der Verbreitung von Angst und Terror. Stroessner gewährt seit vielen Jahren international gesuchten Wirtschaftsverbrechern und alten Nazis Gastrecht.

Einer der „Gäste“ von Stroessner ist jetzt durch ein Tribunal in Israel erneut in die öffentliche Diskussion gekommen. Der ehemalige KZ-Arzt von Auschwitz, Josef Mengele. In Jerusalem trafen

sich Überlebende der teuflischen Experimente, die Mengele im KZ Auschwitz an Menschen machte. Dieser Massenmörder, der nachweisbar lange in Paraguay gelebt hat, der sich sehr wahrscheinlich immer noch dort aufhält, weil er dort mächtige und einflussreiche Freunde hat, ist nicht zuletzt durch die Dienste des General Stroessner bis heute noch ein freier Mann. Nur ein Grund, eine breite Kampagne gegen den Staatsbesuch des Diktators zu entfachen.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf eine wichtige Solidaritätsorganisation aufmerksam machen, die schon lange Zeit, auch abseits der

„großen“ Solidaritätsbewegungen konsequent am „Fall Paraguay“ arbeitet. Die Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V., die auch reichhaltiges Material zur Wirklichkeit dieses Landes hergestellt hat und weiter herausgibt. Diese Artikel und Analysen sind bestimmt auch für andere Süd- oder Mittelamerika-Gruppen von Interesse, wenn das Thema Paraguay jetzt endlich mehr Öffentlichkeit bekommt. Alle Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft tragen den Vermerk „Nachdruck erwünscht“ — die auf dieser Seite abgedruckte Arbeit „Altnazis in Paraguay“ stammt aus einer Broschüre, die die



PA G
Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V.
Gemeinnütziger Verein — T. 02161/22394
Margarethenstr. 11, 4050 Mönchengladbach
Informationen, Veranstaltungen,
Materialien, Dias u. Filme über Paraguay
Paraguay Rundbrief:
— Zweimonatsschrift mit Hintergrundartikeln und aktuellen Berichten über
Wirtschaft
Kultur und
politisches Geschehen
Beziehungen BRD-Paraguay
Solidaritätskonto Paraguay
Postcheckkonto Nr. 352426-438 — Jahresabonnement 18,- DM

Paraguay Arbeitsgemeinschaft zusammen mit der „Aktion Selbstbesteuerung, Friede durch gerechte Entwicklungspolitik“ (asb) unter dem Titel „Geschichte Paraguays und der Stroessner Dik-

tatur“ (asb-materialien 9), herausgegeben hat. Wir empfehlen allen RM-Lesern, die sich weiter mit Paraguay beschäftigen wollen, die Kontaktaufnahme mit der Paraguay AG.

Altnazis in Paraguay

Fast das einzige Land der Welt, das auch heute noch ehemaligen Naziverbrechern Unterschlupf bietet, ist Paraguay. Die Gründe, die diesen skandalösen Sachverhalt verständlich machen, ergeben sich aus der jüngsten Geschichte und der gegenwärtigen politisch-sozialen Struktur des Landes.

Schon 1929, also 4 Jahre vor der „Machtergreifung“ des Faschismus in Deutschland, gründeten Deutsche in Paraguay erste nationalsozialistische Zirkel. Im Jahre 1940 kam dann ein überzeugter Faschist und Verfechter Hitlers und Mussolinis — Morinigo — in Paraguay an die Macht.

Er proklamierte den „neuen revolutionären Staat“, der sich auf „Ordnung, Disziplin und Hierarchie“ gründete und sich am Vorbild des europäischen Faschismus orientierte. Die deutschen und deutschstämmigen Hitleranhänger, die es in den deutschen Kolonien in Paraguay zur Genüge gab, erlebten zu dieser Zeit ihren Höhepunkt. Sie traten öffentlich auf, verfügten über eine der SA nachgebildete Truppe und hatten sogar eine eigene Gerichtsbarkeit. Paraguayische Gerichte durften keinem Deutschen den Prozeß machen. Die USA allerdings zwangen General Morinigo, die Beziehungen zu Deutschland abzubauen. 1945 erklärte auch Paraguay Deutschland den Krieg.

Beunruhigt über das stetige Vordringen des faschistischen Flügels der bis heute regierenden „Colorado Partei“, erhoben sich 1947 zwei Garnisonen. Ein blutiger Bürgerkrieg brach aus. Nur durch die Hilfe des damaligen Präsidenten Argentinens, Domingo Peron (der später auch die Schlüsselfigur für die Einschleusung der Nazis in Südamerika wurde), konnte sich die angeschlagene Regierung behaupten.

Nachdem sich in rascher Folge Colorado-Präsidenten die Macht übergeben und sich persönlich bereichert hatten, wurde 1949 der Vorsitzende der demokratischen Fraktion der Colorado Partei, Federico Chaves, zum Präsidenten gewählt. Es folgte eine kurze reformistische Periode. Die Agrarreform kam wieder in Gang. Aber das Land war verarmt, der Einfluß Perons aus Argentinien war zu groß.

Die Situation in Paraguay verschlechterte sich beständig, Peron konnte seine Bedingungen diktieren. 1953 fand ein Treffen zwischen Peron und Chaves statt, aus dem der argentinisch-paraguayische Freundschaftsvertrag entstand, der eine weitreichende politische und wirtschaftliche Bedeutung hatte. Gleichzeitig gelang es

aber auch den USA, Paraguay unter ihren Einfluß zu zwingen, wodurch auch der Putsch und die Machtergreifung General Stroessners zu erklären sind.

Der Putsch Stroessners wurde vom faschistischen Flügel der Colorado-Partei unterstützt. In den 40er Jahren wurde Morinigo von den Colorados benutzt, jetzt der faschistische Flügel Stroessners. Sofort setzte Stroessner dem argentinischen Einfluß ein Ende und stellte die Beziehungen zum US-abhängigen Brasilien wieder her. Brasilien hatte die Rolle des US-Polizisten in Südamerika übernommen. Seine Aufgabe bestand darin, die Völker „ruhig“ zu halten.



General Stroessner, Schutzherr alter Nazis

Für Paraguay war vorgesehen, aus dem Land eine „beruhigte Zone“ zu machen, um eine Basis für eventuelle Invasionen in anderen Ländern Südamerikas zu schaffen. Paraguay ist bis heute jene „beruhigte Zone“ Südamerikas. Stroessner vertrat und vertritt in Paraguay nicht nur die Interessen der USA. Der Sohn eines bayrischen Einwanderers aus Hof, öffnete auch den aus Deutschland geflohenen Nazis Tür und Tor. Dabei konnte er mit der aktiven Sympathie des deutschstämmigen Bevölkerungsanteils in Paraguay rechnen.

60000 bis 70000 Deutsche leben heute in Paraguay; es gibt über 100 deutsche Schulen. Politisch stehen in Paraguay fast

alle Deutschen rechts, sie verehren den deutschstämmigen Diktator, der endlich „Ruhe und Ordnung“ geschaffen hat. Sprichwörtlich ist die „Blut- und Boden“-Ideologie der Deutschen in Paraguay. Das den Indianern geraubte Land hält man fest und verteidigt es „bis zum letzten Atemzug“. 1945 nahmen viele der „deutschen“ Dörfler (so besteht Höhenau zu 95 Prozent aus Deutschen) die aus Deutschland flüchtenden Gestapo-Offiziere und andere Naziverbrecher auf. der nationalsozialistische Einwandererstrom hat in Paraguay deutliche Spuren hinterlassen. „Heil Hitler“ kann man selbst von Indianern hören, die bei

Hehl. 1946 war er in Buenos Aires an die Macht gekommen und hatte bald Gelegenheit, seiner Bewunderung gegen gute Bezahlung Taten folgen zu lassen. (Laut Simon Wiesenthal gingen 60000000 Dollar für 7600 neue Identitäten auf das Konto von Eva Duarte.) Nazi-Oberst Rudel arbeitete schon 1951 für Peron und leitete ein Team von 62 Fachleuten von Focke und Wulf, eine Elite-Gruppe von Nazikonstrukturen und Testpiloten. Neben dieser Arbeit reiste Rudel nach dem Sturz Perons in „Sachen inhaftierter Nazi-Verbrecher“. Auch für ihn platzte die Bombe mit dem Sturz seines Freundes Peron. Rudel entkam dem Sonderkommando, das ihn verhaften sollte, um in Asuncion bei seinem Duzfreund Stroessner Unterschlupf zu finden. Viele der in Argentinien untergetauchten Nazis folgten Rudel nach Paraguay, so auch Josef Mengele.

Die Entführung Eichmanns aus Argentinien im Mai 1960 schreckte die Nazis erneut auf und wieder flüchteten viele von ihnen aus Argentinien nach Paraguay. Herausragend war die Figur des Dr. Josef Mengele, der 1959 die paraguayische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, die ihn vor den deutschen Auslieferungsanträgen schützte. Mit der Entführung Eichmanns war es mit dem sorglosen Leben unter dem Schutz faschistischer Diktaturen vorbei. Mengele floh von einem Ort zum anderen, unter verschiedenen Namen, bis ihm Stroessner auf Druck jüdischer Kreise in den USA 1979 die Staatsbürgerschaft entzog. Mengele ist seitdem zwar wieder auf der Flucht, aber viele andere Nazis leben weiterhin ungestört in den deutschen Dörfern und Siedlungen Paraguays. Die Nazis sind nicht nur die Nutznießer des faschistischen Systems in Paraguay, sie haben auch einen wesentlichen Anteil daran, daß General Stroessner seit über 28 Jahren seine Herrschaft ausüben kann. Die Sicherheitsorgane des Landes sind maßgeblich von Altnazis aufgebaut worden. Ebenso waren die Nazis behilflich bei der Ausbildung von Elitetruppen und Folterern und beim Aufbau der Propaganda. Die alten Lehrmeister aus dem Dritten Reich sind nicht zu verkennen. Der Goebbels-Adjutant Wilfried von Oven, ehemaliger Herausgeber des „La Plata Rufs“, ist seit Jahren Berater der chilenischen Pinochet-Junta in Propagandafragen. Einer der wichtigsten Gründe für die wirkungsvolle Integration ehemaliger Nazis aus Deutschland in das faschistische System Stroessners liegt in der Strukturähnlichkeit seines Repressionsapparats mit der Diktatur des 3. Reichs.

Die Spekulationen schießen ins Kraut. Ist Mengele nun noch in Paraguay, reist er ständig zwischen Chile, Uruguay und Paraguay hin und her. Ist er in Kanada? Dort sollen viele Altnazis, die den Westalliierten „nützlich“ waren, nach dem Krieg Unterschlupf gefunden haben. Sicher ist, daß Alfredo Stroessner lange Jahre den Massenmörder Mengele gedeckt, geschützt und unterstützt hat.

Welchen Freund der Diktator da hatte, wurde vor wenigen Tagen in Jerusalem deutlich.



Auf Mengesles Befehl gemalt: Seine „Studienobjekte“ in Auschwitz.

Überlebende aus dem KZ Auschwitz trafen sich und berichteten einer schockierten Öffentlichkeit, was dieser KZ-Arzt an Verbrechen kaltblütig auf sich geladen hat.

Mengele war kein Wahnsinniger. Er war vor seiner KZ-Arztzeit als Assistent des Rassenforschers und Anthropologen Prof. v. Vershuer. Als dem das „Forschungsmaterial“ knapp wurde, entdeckte man das KZ. Mengele ging 1943 als Lagerarzt nach Auschwitz und hatte zwei „wissenschaftliche Projekte“ in Auftrag: „Augenfarbe“ und „spezifische Eiweißkörper“. Diese Projekte wurden durch die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ im August und September 1943 von Prof. Sauerbruch genehmigt und unterstützt.

Wie die „wissenschaftliche Arbeit“ Mengeles aussah, berichteten Zeugen und Überlebende in Jerusalem. Mengele stand bei der Ankunft der Opfer in Auschwitz „wie ein Dirigent“ an der Rampe, sortierte mit kleinen Bewegungen seiner Hand Leute aus. Er „brauchte“ für seine Experimente vor allem Zwillinge und kleinwüchsige Menschen. Ohne Bewegung konnte keines der Opfer berichten, teils stockend, teils unter Tränen berichteten die Zeugen von dem Grauen vor mehr als vierzig Jahren.

Mengele verteilte Süßigkeiten an Kinder, die er für „interessante Fälle“ hielt, ließ sie regelrecht mästen. Nach Abschluß der Versuche erschoss er erschlug er sie manchmal eigenhändig, wenn sie die Experimente überhaupt überlebt hatten. Fast alle Zeugen berichteten über andauernde Blutentnahmen, über Bluttransfusionen von einem Zwilling zum an-

deren und über Injektionen von Krankheitserregern. Den Opfern wurden Glieder amputiert, Organe herausoperiert oder zur Erforschung von veränderter Farbwahrnehmung die Augen durch scharfe Mittel verätzt. Geschlechtorgane junger Männer und Mädchen wurden gänzlich oder teilweise zerstört. Proben des Blutes infizierter Zwillinge wurden ebenso wie Skelette, herausoperierte Augäpfel, zerstört, eine Organe ans Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie gesandt.



Einige weitere Fälle: Der damals 15jährige Alisa Baruch entfernte man einen Eileiter und die halbe Gebärmutter zu Versuchszwecken. Einem andren Opfer wurden durch Experimente die Stimmbänder zerstört, weil er eine andere Stimmfarbe als sein Bruder hatte. Heute kann er nur noch über ein — ausgerechnet in Deutschland entwickeltes — Spezialgerät sprechen. Die Liliputaner Zwillinge Perla Ovitch und Elisabeth Moschkowitz wurden damals, nach den an ihnen vorgenommenen Versuchen, hunderten SS-Leuten in Zirkusdarbietungen zur Belustigung vorgeführt.

Keines der überlebenden Opfer Mengeles ist ohne psychische oder physische Störungen, die meisten sind verkrüppelt, leiden noch heute unter Schlafstörungen, Depressionen, Trauer um den Verlust ihrer Angehörigen, Verlust ihrer Identität. Und alle müssen fürchten, daß die an ihnen durchgeführten Experimente unabsehbare Folgen für ihre Kinder und Enkel haben können.

Wie schon erwähnt — Mengele war kein Wahnsinniger, kein irrer Einzeltäter. Seine „Arbeiten“ waren Teil der „Forschung“ des Kaiser-Wilhelm-Instituts (des heutigen Max-Planck-Instituts). Ein Professor stellte richtig fest: „Die Massenhinrichtungen in Auschwitz wurden durch Produkte der besten zentraleuropäischen Universitäten erledigt.“ Einer dieser kaltblütigen Massenmörder blieb bis heute ungestraft, weil er international einflussreiche Freunde hat. Dr. Josef Mengele. Sein mindestens langjähriger „Schutzpatron“ Alfredo Stroessner reist im Juli zum Staatsbesuch in Bonn an...

Meldungen

USA/Südafrika Über 1 000 Verhaftungen

Eine breite Protestbewegung gegen das südafrikanische Apartheitsregime hat sich in den USA gebildet. Ständigen Demonstrationen vor der südafrikanischen Botschaft folgen dauernde Polizeieinsätze und massenhafte Verhaftungen. Begonnen hat die Protestwelle mit dem Solidaritätsaufruf von US-Gewerkschaften gegen die Prozesse, die Arbeiterführern in Südafrika gemacht werden.

Immer wieder wird auch die Politik von Ronald Reagan und des US-Imperialismus kritisiert, die eine wesentliche Stütze des Rassistenregimes in Südafrika ist.



Mittlerweile gab es schon über 1 000 Verhaftungen. Die Festgenommenen werden zwar nach einiger Zeit wieder freigelassen, müssen aber alle mit einer Anklage wegen Verstoßes gegen das Bannmeilengesetz rechnen. Neben Gewerkschaftsführern und Kongreßabgeordneten beteiligten sich auch populäre Künstler in den USA an den Protestaktionen. Nach Harry Belafonte wurde auch der Sänger Stevie Wonder (unser Bild) verhaftet.

Südkorea Schlappe für die Diktatur

Die absolute Mehrheit der rechten konservativen Kräfte bei den Wahlen zur Nationalversammlung in Südkorea war nicht zu brechen. Die Partei des diktatorisch regierenden Präsidenten Chun Doo Hwan ist über die Wahlgesetze dermaßen abgesichert, daß sie praktisch die Wahlen gewinnen mußte.

Alle optimistischen Erwartungen übertroffen hat dennoch das Abschneiden der erst vor einem Monat gegründeten Neuen Demokratischen Partei, die vor allem in den größten Städten des Landes fast alle Direktmandate errang. Und das, obwohl sie während des Wahlkampfes unter schwersten Behinderungen durch die Sicherheitsbehörden litt, und viele ihrer Führer und prominenten Sprecher unter Hausarrest und dem Verbot jeglicher politischer Betätigung stehen.

Die Absage des Volkes an die Regierung Chun Doo Hwans konnte sich noch nicht im Einnahmen von Machtpositionen im Staatsapparat ausdrücken, daß die Opposition aber mehr Rückhalt hat als ihre Parlamentssitze ausdrücken, kann den Herrschenden nur eine Warnung sein.

Solidarität nötiger denn je Kritische Situation in Nicaragua Offensive des US-Imperialismus

Aggressive Töne aus Washington, Hetzreden von Ronald Reagan, neue Manöver von US-Militär und Einheiten Honduras' an den nicaraguanischen Grenzen und die Blockade der Contadora-Verhandlungen durch Costa-Rica kennzeichnen die Verschärfung der Situation in Zentralamerika. In dieser Situation fallen weitreichende Pläne und Maßnahmen einer Wirtschaftsreform in Nicaragua, die zeigen, wie schwer das Land unter dem Krieg leidet, wie es wegen seiner Abhängigkeit vom internationalen Waren- und Geldmarkt in der Defensive steckt.

Wie der Staatspräsident Nicaraguas Ortega sagte, sind für die Wirtschaftskrise vorrangig der „von den USA aufgezwungene Aggressionskrieg“ und die „unausgewogenen internationalen Wirtschaftsbeziehungen“ verantwortlich. Im neuen Haushaltsplan Nicaraguas entfallen 40 Prozent der Gesamtausgaben in diesem Jahr auf die Landesverteidigung. Diese Notwendigkeit, die starke Auslandsverschuldung, die steigenden Weltmarktpreise für Importgüter und der Devisenmangel haben zur Ankündigung weitreichender Maßnahmen geführt. Demnach wird die Landeswährung stark abgewertet, der Devisenmarkt gegenüber früherer Politik wieder freigegeben.

Einsparungen bei staatlichen Ausgaben betreffen vor allem Subventionen, darunter die für Grundnahrungsmittel und den öffentlichen Personenverkehr. Ferner sollen die Zinssätze als Sparanreiz heraufgesetzt werden und die Kreditsumme für Agrar- und Industrieproduktion (die zum größten Teil der Privatwirtschaft zugute kommt) im Vergleich zu 1984 verdoppelt werden.

Eine Lohnerhöhung als „Inflationsausgleich“ soll gestaffelt werden und vor allem für Berufe mit höherer Qualifikation mit 60 Prozent viel höher liegen als in den anderen Bereichen mit „nur“ 47 Prozent.

Heftige Angriffe gingen von der Regierung an die Zwischenhändler. Sie spekulieren mit Engpässen bei der Versorgung und bereichern sich an den

staatlichen Subventionen. Diese Subventionen haben in den letzten drei Jahren den Staat rund sieben Milliarden Cordobas gekostet, fast ein Viertel des Staatshaushalts von 1985. Ortega sagte weiter in seiner wirtschaftspolitischen Rede, die zu erwartenden Preissteigerungen, die gegenwärtig „unkontrollierbar“ seien, würden durch regelmäßige Lohnerhöhungen ausgeglichen. „Wir wollen, daß die Waren zum Verbraucher gelangen, ohne daß die staatlichen Subventionen in die Hände spekulierender Geschäftsleute fallen“ begründete Ortega die Beendigung der Subventionen und die Einführung eines Inflationsausgleiches.

Die nicaraguanische Zentralbank verfügt praktisch über keinerlei Devisen mehr, wie der Präsident der Bank, Joaquim Cuadra bekanntgab. Mit der Freigabe des seit drei Jahren verbotenen Devisenumtauschs soll der Schwarzmarkt unterbunden werden. Noch im September 1981 wurden die damaligen „Maßnahmen des sozialen und wirtschaftlichen Notstands“ vom jetzigen Vizepräsidenten Sergio Ramirez begründet — die eine ganz andere Politik beinhalteten. Ramirez zu den Gesetzen: „Die Maßnahmen sind im wesentlichen folgende: (...) Die strenge Anwendung der Gesetze gegen Entkapitalisierung und den Raub von Geld und Gütern des Staates durch Staatsbeamte und -angestellte. Und die Schaffung neuer Gesetze, die Steuerhinterziehung (Betrug, um keine

Steuern und Löhne zu zahlen) und Devisenveruntreuung (ungerechtfertigter Besitz oder Kauf von Devisen, die nicht durch die Zentralbank autorisiert sind) als Verbrechen bestrafen. (...) Die Devisenkontrolle, damit Devisen nur für die vordringlichsten Bedürfnisse des Landes benutzt werden (Medikamente, Rohstoffe, Maschinen, Traktoren, Ersatzteile etc.) und nicht ein Dollar für überflüssige Ausgaben (Auslandsreisen, Luxusartikel) freigegeben wird. (...) Die Kontrolle des Parallel- oder „Gelegenheitsmarktes“, der nur mit der Autorisation der Zentralbank arbeiten darf, damit er nur mit Devisen handelt, die die Bank ihm zugesteht. So wird es keine Kapitalflucht in Dollars mehr geben und auch keine dunklen Devisengeschäfte über den schwarzen Markt. (...) es nützt niemandem, wenn sie (diese Maßnahmen, RM) in einem Erlaß stehen, und es keine revolutionäre Kontrolle gibt, die dafür sorgt, daß sie durchgeführt werden.“ (S. Ramirez, im September 1981)

Die jetzigen Maßnahmen der sandinistischen Regierung für eine „umfassende Wirtschaftsreform“ machen die kritische Lage im Lande deutlich. Die revolutionäre Regierung ist in der Defensive. Das System der „geschichteten Wirtschaft“ kann die Probleme des Landes nicht lösen. Um so nötiger ist entschiedene internationale Solidarität mit dem kleinen Land, das sich so mutig dem US-Imperialismus entgegenstellt.

Bewegung in Nahost?

Verschiedene Meldungen über den Nahost-Konflikt erwecken den Eindruck, daß Bewegung in den erstarrten Fronten dieses internationalen Krisenherdes gekommen sei. Der Abzug israelischer Truppen aus dem Libanon, ein neuer Friedensplan, den Arafat und Hussein von Jordanien ankündigten, der Besuch des saudi-arabischen Königs Fahd bei Reagan in Washington bieten viel Anlaß zu Spekulationen.

Die konkrete Situation im Nahen Osten bietet aber wenig Grund zu Optimismus. Der israelische Rückzug aus dem Libanon verändert nichts am Kräfteverhältnis, da die israelischen Truppen nur Gebiete verlassen, in denen sie libanesisches Militär hinterlassen, das voll auf ihrer Seite steht. Israel rüstet diese Truppen mit modernsten Waffen aus und behält praktisch weiterhin das militärische Oberkommando über Teile seines Nachbarstaates. Diese Politik zur „Sicherung gegen Überfälle durch Palästinenser“, wie sie von Israel immer wieder begründet wird, richtet sich zunehmend auch gegen libanesischen Kräfte. Vor allem die schiitische Bevölkerung des Südlibanon wird von den Israelis und den ihnen ergebenen Truppen unterdrückt. Am vergangenen Freitag erschien eine Meldung, nach der israelische Truppen im

Südlibanon ein von schiitischen Moslems bewohntes Dorf gestürmt haben. Die Israelis versammelten sämtliche männliche Einwohner des Dorfes und verhörrten sie. Nach Angaben eines UNO-Sprechers haben später Mitglieder der UN-Friedenstruppe die Leiche eines Zivilisten gefunden, der erschossen worden war. Solche Meldungen über den Terror der israelischen Besatzer gehen fast täglich über die Agenturen, und immer wieder ist auch davon die Rede, daß palästinensische Flüchtlingslager häufige Ziele der israelischen Armee sind. Daß sich mit dem Rückzug diese Politik ändern wird, dafür spricht nichts.

Viel Raum für Spekulationen läßt auch der vom PLO-Chef Arafat und Jordaniens König Hussein verkündete Friedensplan. Obwohl Einzelheiten bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt waren, ist Skepsis angebracht. Das positive Echo aus Ägypten, aus Westeuropa (z.B. von Margret Thatcher) verheißt nicht viel Gutes. Der Plan unter der Losung „Land für den Frieden“ ist von PLO-Chef Arafat nach ausführlichen Beratungen mit Jordaniens König Hussein entwickelt worden und zielt offensichtlich auf einen palästinensischen Staat hin, der in einer Föderation mit Jordanien ver-

bunden ist. Nicht nur die Geschichte Jordaniens, oder genauer des Königs Hussein, ist nicht dazu angetan, die palästinensische Sache an Jordanien zu koppeln, der Plan entspricht außerdem in weiten Teilen auch US-amerikanischen Vorstellungen, wie sie im September 1982 vorgeschlagen wurden. Der Besuch des saudi-arabischen Königs Fahd gerade jetzt in Washington hat zwar noch nicht alle Differenzen ausräumen können, aber Ronald Reagan nannte das Abkommen von Amman einen „Meilenstein“ und äußerte sich optimistisch über die Möglichkeiten der Verwirklichung des Hussein/Arafat-Plans. Die Sache der Palästinenser — einen eigenen Staat und Selbstbestimmung, an eine Föderation mit Jordanien zu koppeln, und dafür Land- und Besitzrechte in den israelisch-besetzten Gebieten aufzugeben wird weiter umstritten bleiben. Der Versuch, gerade die „gemäßigten“ arabischen Staaten (Saudi-Arabien, Ägypten), also die pro-westlichen Staaten der Region dafür zu gewinnen, macht den Kurswechsel innerhalb der PLO-Führung seit dem letzten Kongreß der Befreiungsfront deutlich. Weite Teile des Widerstands gegen israelische Annexions- und Unterdrückungspolitik und Gegner der imperialistischen Einmischung werden ausgegrenzt.

Daß die Nah-Ost-Reise einer parlamentarischen Delegation der Grünen von der Reaktion, von CDU und CSU, von der Springer-Presse und anderen böse kommentiert werden würde, war zu erwarten. Daß die Bundestagsfraktion der Grünen nach der Reise — die außer in arabische und palästinensische Gebiete auch nach Israel und an Gedenkstätten für Opfer des Hitler-Faschismus führte — ein regelrechtes Tribunal gegen die Delegation abhielt, ist ein trauriger Tiefpunkt der Geschichte der parlamentarischen Arbeit der grünen Bundestagsfraktion.

Das Grün-Deutsche Verhältnis zu Israel

Lautstarke Kritiker der Nah-Ost-Reise hatten eine Menge Experten für deutsch-israelische, deutsch-jüdische Politik eingeladen. Vertreter der PLO hingegen nicht. Jürgen Reents, der die Reise geleitet hatte und sie verteidigte, formulierte einige Grundforderungen zum Nah-Ost-Konflikt: Die Anerkennung des palästinensischen und jüdischen Selbstbestimmungsrechts, den Rückzug aller fremden Truppen aus den besetzten Gebieten und die Forderung nach Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung. Weiterhin dürften die Grünen zur schleichenden Annexion der Westbank ebenso wenig schweigen wie zu den Praktiken der Besatztruppen in den israelisch besetzten Gebieten im Südlibanon.

Diese Position war dann in der Fraktionssitzung eine Minderheitenposition. Die Mitglieder der Delegation wurden als „Anti-Impis vom Dienst“, als „Russenknechte“ und „ideologische Eiferer“ abgekanzelt. Die negative Presse von rechts hatte Erfolg. In Stellungnahmen aus der Fraktion wurde „Sensibilität gegenüber dem Vorwurf des Antisemitismus“ dargelegt, man meinte Außenpolitik der Grünen habe sich vor allem um ökologische Probleme der dritten Welt zu kümmern oder „Objektivität im Nah-Ost-Konflikt bedeute für Deutsche nach Auschwitz schon Parteinahme, ein Davonstehen aus historischer Verantwortung“ (D. Diner, Grüner „Nah-Ost-Experte“).

Joschka Fischer wetterte gegen die „Einseitigkeit“ der Delegation. Israel sei nicht das einzige Land mit expansionistischen Ambitionen in der Region. Kritik hätte auch dem „Metzgerregime“ in Syrien gelten müssen. Israel sei die einzige Demokratie in diesem Raum.

Auch wenn er die Außenpolitik dieses Staates nicht akzeptiere, gebiete Auschwitz Schweigen. Die „Reise auf den Spuren Henry Kissingers“ bezeichnete Fischer als „Fiasco“. Es wäre besser gewesen, die Reise abzusagen, als sich auf das politische Chaos des Nahen Ostens einzulassen. Die demonstrative Parteinahme für die PLO sei verfehlt, da niemand sagen könne, ob die PLO sich nicht selbst zerfleische und von der politischen Bühne abtreten werde.

Otto Schily haute in die gleiche Kerbe. Zwar kritisierte er die bundesdeutschen „Philosemiten“, die in der Vergangenheit Juden verfolgten und sie heute als starke und wehrhafte Gemeinschaft feierten, ebenso aber auch die „selbsternannten Antifaschisten“, die Israel nur die „Speerspitze des US-Imperialismus“ sähen. Israel sei annähernd ein demokratischer Staat. Von den sozialistischen Ideen der israelischen Kibbuzim könnten auch die Grünen noch lernen.

Gegen diese Abrechnung mit einer politischen Strömung unter den Grünen setzten sich nur wenige zur Wehr. Einige der wenigen war Gaby Gottwald, die die Kritiker scharf anging: „Wie“, fragte sie, „würdet ihr auf eine Schilderung von Dorfbewohnern im Südlibanon reagieren, die berichten, wie eine Frau des Dorfes vor ihren Augen von israelischen Soldaten erschossen wird? Welche Kritik dürfen und müssen wir üben, wenn der israelische Geheimdienst Gefangene nach Israel verschleppt, wenn in Mar Elias oder Anasar (palästinensische Flüchtlingslager, RM) gefoltert wird? Müssen wir schweigen, wenn Israel die Contras in Nicaragua mit Waffen beliefert, Ausbilder in Guatemala und El Salvador einsetzt, engste wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit dem Apartheids-Regime in Südafrika pflegt? Warum ist der Rassismus gegenüber den Palästinensern in Israel so stark, so ausgeprägt und so weit verbreitet?“

Es gab keine Antworten auf diese Fragen, was Grüne Nah-Ost-Politik ist, ist unklarer denn je — die fortschrittlichen Ansätze jedenfalls werden massiv bekämpft. Offen bedauernd über diese Entwicklung stellt auch ein Artikel der Informationsstelle Palästina in Bonn fest: „Den gegenüber vermeintlichem Antisemitismus so sensiblen und gegen ein Nahostengagement so hartnäckigen Eiferern unter den Grünen fehlt offensichtlich diese Sensibilität gegenüber Palästinensern und Libanesen“.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Walter Mossmann

Die Ballade von der unverhofften Last

Jetzt sing ich endlich wieder mal ein Liebeslied.
Mir zittern die Gitarre und die Knie.
Und ich beschreib den Sommer, wenn die Liebe blüht,
mit dieser abgeschabten Melodie:
La la la la, la la la la, la la la.
La la la la, la la, la la laah!
Dann kommt der reife Herbst, und ich singe wenn's euch paßt,
die BALLADE VON DER UNVERHOFFTEN LAST.

Am Montag wacht Herr Kaffke auf, mein Gott, wie ist ihm
schlecht.
Er kotzt sich erst mal aus und bleibt zu Haus.
Und sagt zu seiner Frau: „Mein Schatz, ich weiß nicht recht,
drei Wochen schon bleibt meine Regel aus ...“
Die Frau ist mächtig sauer, sagt: „Du bist ja blöd!
Warum hast du nicht besser aufgepaßt?
Jetzt bring das schnell in Ordnung, denn es ist zu spät,
wenn du erst einmal schwer zu tragen hast.“

Herr Kaffke himmt die Pille nicht, kriegt Ausfluß, wird krank.
Und auch Pariser nicht, weil ihn das hemmt.
Und die Spirale liegt schon längst im Werkzeugschrank —
er hat sich seinen Schwanz mal eingeklemmt.
Dann hat er sich von diesen Dingen freigemacht
und hemmungslos gevögelt (ab und zu).
Und seine Frau, die Ilsebill, die hat gelacht:
„Die Folgen“, sagt sie, „die trägst dann du!“

Am Dienstag steht Herr Kaffke auf und macht sich auf den Weg
zu einer Männer-Ärztin in der Stadt.
Dann wartet er ein paar Tage ziemlich aufgeregt,
ob die Frau Doktor was gefunden hat.
Am Freitagnachmittag klingelt dann das Telefon,
Frau Doktor sagt: „Jetzt sind Sie Mann!
Ich hoffe doch, Sie stricken und Sie häkeln schon —
in knapp acht Monat kommt der Nachwuchs an.“

Herr Kaffke sagt: „Frau Doktor, nein, das geht doch nicht!
Wie sollte ich denn jetzt ein Kind ernähren?
Und meine Frau, die Ilsebill, die sagt mir ins Gesicht,
sie kann sich nicht mit Mann und Kind beschweren.“
Frau Doktor sagt: „Was soll das? Das ist wider die Natur.
Vor Ihnen haben das Männer schon geschafft.
Und kommen Sie mir bloß nicht auf die krumme Tour!
Mann wird Mann erst durch die Schwangerschaft!“

Das Wochenende ist für Kaffke eine Qual.
Am Montag muß er wieder ins Büro.
Da schleppt er schwere Schreibmaschinen ein ums andere Mal
und schluckt Maschinenöl und Sprit im Klo.
Am Montagabend fährt er mit der U-Bahn kreuz und quer
und guckt auf seinen Bauch und fühlt sich nackt.
Und guckt sich um und fürchtet, es folgt ihm wer
zu seinem ungesetzlichen Kontakt.

Er schleicht sich wie im Krimi in ein Hinterhaus
und trifft dort jemand, der Adressen hat.
Der jagt ihm einen Schreck ein, dann nimmt er ihn aus.
In dieser Nacht ist Kaffke ziemlich matt.
Am Dienstag im Büro erzählt ein Sekretär,
es habe den Kollegen Lutz erwischt,
der in der letzten Nacht einfach verblutet war
beim Engelmacher auf dem Küchentisch.

Am Dienstagabend geht Herr Kaffke einsam durch die Stadt.
Er hat ein Fieber, ihm wird heiß und kalt.
Da haut ihm eine Frau so aufn Arsch und sagt:
„Komm mit mir, Kleiner, du wirst gut bezahlt!“
Herr Kaffke flüstert leise: „Hau doch ab, du alte Sau!“
Und hat dann selber ab, und zwar nach Haus.
Da findet er per Zufall endlich seine Frau
und heult sich bei der Frau erst einmal aus.

Am Mittwoch fährt Herr Kaffke mit der Eisenbahn
nach Holland, an den letzten Zufluchtsort.
Am Freitag kommt er wieder in der Heimat an
und wird auch gleich verhaftet, wegen Mord.
„Das Leben“, sagt der Richter, „ist dem Staat egal.
Das ungeborene Leben aber nicht.“
Herr Kaffke sagt: „Herr Richter, Mann! Ich hatte keine Wahl!“
„Die Abtreibung ist Mord.“ Sagt das Gericht.

So könnte dieses Lied auch schon zu Ende sein,
und jeder sagt: „Na ja, ein blödes Lied.“
Da fällt mir grad noch eine Wendung ein,
damit der Fall auch seine Kreise zieht:
Am nächsten Morgen wacht der Richter auf, was ist ihm
schlecht!
Er kotzt sich erstmal aus und bleibt zu Haus.
Und sagt zu seiner Frau: „Mein Schatz, ich weiß nicht recht,
drei Wochen schon bleibt meine Regel aus ...“



Ich freue mich über jede gutausgebildete, tüchtige Frau, die in der Wirtschaft oder im öffentlichen Leben ihre Kraft einsetzt, wenn sie dabei nicht ihren weiblichen Charme verliert. In ihrem eigenen Interesse und der gesunden Entwicklung der Kinder möchte ich allerdings die Frauen davor bewahrt wissen, daß sie sich übernehmen.

Der rote Jahresrückblick

Alle Ausgaben des Roten Morgen eines Jahres, fest eingebunden zum Sparpreis. Damit man jederzeit den Roten Faden zurückverfolgen kann ... Das aktuelle Nachschlagwerk zur jüngsten Politik. Dokumentation, Kommentierung und Analyse.

Gebundener Jahrgang 83, 30 DM.
Vorbestellungen auf den RM-Jahrgang 1984 zum Preis von 35 DM bitte sofort an uns schicken.

Hiermit bestelle ich:

..... Stück

Roter Morgen, Jahrgang 1983 für 30 DM

Roter Morgen, Jahrgang 1984 für 35 DM

Die Lieferung erfolgt auf Rechnung zuzüglich Porto.

Name:

Anschrift:

An.: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Anti-NATO-Veranstaltung

Veranstaltet von KPD und GIM

Freitag, 22. Februar, 19.30 Uhr, Taverne Sorba,
Jarrestraße 27, Hamburg-Barmbek

RWE-Anklage in Essen

Der größte westdeutsche Stromerzeuger, der RWE-Konzern, wird durchleuchtet. In- und ausländische Experten, Initiativen und Umweltschutzgruppen wollen die Verwicklung des Konzerns, Zusammenhänge zwischen RWE und Themen wie sterbende Wälder, keuchenden Pseudo-Krupp-Kindern, Luftverschmutzung, Atomindustrie und anderen Themen aufzeigen.

Die RWE-Anklage beginnt am Freitag, 22.2., 16.00 Uhr mit Arbeitsgruppen (Themen: Umweltauswirkungen, Waldsterben, Pseudo-Krupp, Kohle, Braunkohle, Atomkraft u.a.), geht den ganzen Samstag über und endet am Sonntag mit einer umfassenden Darstellung der RWE-Politik und der Zusammenfassung einer abschließenden Anklage.

Ort: Kommunikationszentrum „Zeche Carl“ in Essen-Altenessen

BREMEN

Diskussionsveranstaltung der KPD Bremen

„Lenins Strategie der Übergangsgesellschaft 1917—1923“

(In Anlehnung an die „Kommunistischen Hefte“ Nr. 10)

Mittwoch, den 27.2.85, 20.00 Uhr

Kulturladen Halmer Weg Bremen-Gröpelingen

Jetzt anmelden! Wochenseminare der KPD 1985

Kapitalistische Wirtschaftskrise — marxistische Krisentheorie — Perspektiven der Krise in der BRD — Auswege
Die Teilnehmer sollten mit Texten wie z. B. „Lohnarbeit und Kapital“ von Karl Marx vertraut sein.
Termin: 11.—17. März 1985

Seminar zur Einführung in den Marxismus
Themen: Einführung in die politische Ökonomie — Klassen und Klassenkampf — Staat und Revolution — Der Imperialismus — Was bringt uns der Sozialismus — Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.
Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
Termine 23.—29. September 1985
4.—10. November 1985

Seminar in türkischer Sprache vom 15.—21. April 1985

Unkostenbeitrag pro Woche 70,— DM
Anmeldungen ab sofort an: Detlev Schneider, Holstenring 5,
2000 Hamburg

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen,
4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD,
Schilddescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen
Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter
Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 Dortmund (Brackel), Kontakt-
adresse: Helmut Weiss, Am Westheck
109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D.
Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 4430 14.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontakt-
möglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhand-
lung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr,
Sa 10 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse
südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen
Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H.
Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Kontaktadresse: Karola Firz-
laff, Jungmannstr. 68a,

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A.
Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglich-
keit zur KPD Rheinland-Pfalz : W.
Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD,
Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388,
geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontakt-
adresse: E. Bittner, Hauptstraße 43

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 44
(Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer
Straße 18, Tel.: (030) 6228474